

# Ein aktiver Staat der die Menschen stärkt und schützt

**Thesen** aus

**Wissenschaft & Politik**

**Band 1**



# Ein aktiver Staat der die Menschen stärkt und schützt

**Thesen** aus  
**Wissenschaft & Politik**

**Band 1**

## **Impressum**

**Medieninhaber und Herausgeber:**  
Karl-Renner-Institut, Karl-Popper-Straße 8,  
1100 Wien

**Redaktion und Lektorat:**  
Angelika Striedinger und Michael Farthofer

**Art Direction:**  
Barbara Sator-Krapf, <https://satorella.com>

**Fotos:**  
Ein allfälliger Quellenachweis befindet sich direkt  
beim jeweiligen Foto. Sofern nicht angegeben,  
handelt es sich um Aufnahmen von Andreas Wenzel.

**Druck und Herstellungsort:**  
Gutenberg Druck – Kooperationspartner der Print  
Alliance HAV Produktions GmbH, 2540 Bad Vöslau

Mai 2023

ISBN: 978-3-85464-046-2

# Inhalt

- 8 Vorwort: Ein handlungsfähiger Staat, der stärkt und schützt  
**DORIS BURES**
- 10 Einleitung: Mit Thesen in den Austausch treten  
**ANGELIKA STRIEDINGER & MARIA MALTSCHNIG**

## 16 **Wirtschaftspolitik**

01

### **Welche grundlegenden Änderungen im Wirtschaftssystem braucht es, um langfristig und wirksam für Verteilungs- und Klimagerechtigkeit zu sorgen?**

- 18 **STEPHAN SCHULMEISTER** „Es braucht eine umfassende Bändigung des Kapitalismus, insbesondere durch Rückverlagerung des Profitstrebens auf die Realwirtschaft.“
- 21 **SELMA YILDIRIM** „Die steigende Ungleichheit ist schlecht für die Demokratie, Wirtschaft und Gesellschaft. Extrem hohe Vermögen und Einkommen sowie Kapitalerträge sollten daher gerechter besteuert werden.“
- 24 **STEPHAN PÜHRINGER** „Soziale und ökologische Probleme müssen zusammen betrachtet werden. Wir können uns Überreichtum (auch ökologisch) nicht mehr leisten.“
- 27 **RAINER WIMMER** „Wir dürfen nicht akzeptieren, dass manche von der Krise profitieren, während weite Teile der Bevölkerung immer ärmer werden. Eine echte Übergewinnsteuer ist mehr als überfällig.“
- 30 **ELISABETH SPRINGLER** „Eine aktive Fiskalpolitik ist wesentlich für eine zukunftsgerichtete Wirtschaftsweise und kann nur durch einen geeigneten europäischen Rahmen umgesetzt werden.“
- 33 **GERHARD RIEGLER** „Es braucht eine neue Definition von Daseinsvorsorge. Neben der Wasserversorgung muss die Befriedigung weiterer zentraler Bedürfnisse verfassungsrechtlich verankert werden.“

## 36 **Arbeit und Leistung**

02

### **Wie kommen wir zu einer angemessenen Anerkennung, Entlohnung und wirtschaftspolitischen Gewichtung gesellschaftlich wertvoller Arbeit?**

- 38 **CHRISTINE MAYRHUBER** „Die Trennung von Lohnarbeit und unbezahlter Sorgearbeit bildet die Grundlage bestehender Machtverhältnisse sowie struktureller Ungleichheiten zwischen den Geschlechtern. Reduktion von Ungleichheit braucht Neubewertung von Arbeit in allen Sphären.“
- 41 **KORINNA SCHUMANN** „Die Arbeit von Frauen ist oft unterbezahlt, unbezahlt und unbemerkt, weil das System vermeintlich davon profitiert - doch es irrt!“
- 44 **EMMA DOWLING** „Die Wut hält sich deshalb in Grenzen, weil das Sorgen so oft als persönliche Verantwortung empfunden wird. Diese Individualisierung sollte abgebaut werden. Care-Arbeit muss als kollektive Aufgabe verstanden und solidarisch und öffentlich organisiert werden.“
- 47 **EVA-MARIA HOLZLEITNER** „Sorge- und Reproduktionsarbeit ist weiblich. ‚Halbe-halbe‘ muss endlich zur Realität werden.“
- 50 **MARKUS MARTERBAUER** „Arbeitskräfteknappheit ist eine einzigartige Gelegenheit für höhere Einkommen der arbeitenden Menschen sowie für den Anstieg von Produktivität und Wohlstand. Wir brauchen den politischen Willen, diese Chance zu nutzen.“
- 53 **SASCHA OBRECHT** „Scheinselbständigkeit prägt die 24-Stunden-Pflege wie kaum eine andere Branche. Die gesetzliche Vermutung eines Arbeitsverhältnisses kann die betroffenen, zumeist migrantischen Frauen faktisch in den Schutzbereich des Arbeitsrechts holen.“

# Inhalt

56

## Klimakrise

03

### Wie geht sozialdemokratische Klimapolitik angesichts von Widersprüchen zwischen Klimazielen und Jobs, sozialer Gerechtigkeit, Bevölkerungswille?

- 58 FELIX BUTZLAFF** „Eine progressive Klimapolitik braucht einen klaren Orientierungspunkt für eine zukünftige Gesellschaft, um Menschen zu verdeutlichen, mit welchem Ziel Veränderung gestaltet wird.“
- 61 MARKUS VOGL** „Der Diskurs und das Denken haben sich deutlich verändert: Die Sozialdemokratie hat verstanden, dass technische Innovationen allein nicht die Lösung für die Klimakrise sind.“
- 64 LAURA DOBUSCH** „Effektive Klimapolitik ist Geschlechterpolitik und braucht die Entwicklung alternativer Männlichkeiten. Auf der Ebene von Unternehmen bedeutet das, klimafreundliches Handeln und Gleichstellungs- bzw. Inklusionsbemühungen zusammenzudenken.“
- 67 RAINER HANDLFINGER** „Es ist nachhaltiger, kleine Schritte umzusetzen und weiterhin in politischer Verantwortung zu bleiben, als große Schritte anzugehen und progressive Mehrheiten zu verlieren.“

70

## Zusammenhalt

04

### Wie begegnen wir Krisen und gesellschaftlichen Widersprüchen so, dass wir Solidarität und Zusammenhalt erzeugen, statt Spaltung und Polarisierung?

- 72 MARTINA ZANDONELLA** „Wenn wir Demokratie ernst nehmen, brauchen wir eine Änderung des Staatsbürgerschaftsgesetzes oder des Wahlrechts.“
- 75 RUTH MANNINGER** „Demokratische Teilhabe auf allen Ebenen ist die Voraussetzung, um Krisen und gesellschaftliche Widersprüche zu überwinden.“
- 78 AYŞE DURSUN** „Kritische soziale Bewegungen zeigen auf, dass gesellschaftliche Krisen strukturell bedingt sind und bergen das Potenzial, diese krisenhaften Strukturen zu überwinden. Sie sind daher unabdingbar für die Transformation in eine solidarische Gesellschaft.“
- 81 GERHARD SCHMID** „Investitionen in Politische Bildung stärken das demokratische Bewusstsein und fördern die Partizipation.“
- 84 JUDITH KOHLENBERGER** „Die oft konstatierte gesellschaftliche Lagerbildung lässt sich empirisch nicht feststellen. Vielmehr führt erst die politische Aufladung von Konfliktthemen zu Polarisierungen.“

## Vorwort

# Ein handlungsfähiger Staat, der stärkt und schützt

**DORIS BURES**

**Präsidentin des Karl-Renner-Instituts**

**E**ine verantwortungsvolle, nachhaltige Politik braucht heute mehr denn je Wissenschaft, Rationalität und Evidenz, um die vielfältigen und oft unvorhersehbaren Krisenphänomene zu meistern. Der Input von Wissenschaft und Forschung ist nötig für gesellschaftliche Innovationen und als Leitplanke zur Orientierung für politische Entscheidungen.

Eine solche Leitplanke liefert uns zum Beispiel Mariana Mazzucato, Hauptpreisträgerin des Kurt-Rothschild-Preises 2021, mit ihren Erkenntnissen zu staatlicher Gestaltungskraft. Sie zeigt eindrücklich, wie irreführend der neoliberale Glaube an die Problemlösungskompetenz und Innovationskraft des unregulierten freien Marktes ist: In Wirklichkeit waren und sind es nicht in erster Linie die großen Konzerne oder die kleinen Start-Ups, die hohe Risiken eingehen und das kreative Potenzial der Gesellschaft freisetzen – sondern der Staat. Ohne den öffentlichen Sektor waren und sind die großen technologischen Innovationen nicht denkbar.

Eine Ableitung daraus ist, dass sich die Politik einen handlungsfähigen Staat zum Ziel macht, der in der Lage ist, die wichtigsten gesellschaftlichen Anliegen zu erfüllen. Im Rahmen des ersten Forum Wissenschaft und Politik im Karl-Renner-Institut wurden einige dieser Anliegen, darunter eine leistungsgerechte Arbeitswelt, eine sozial gerechte Klimapolitik und gesellschaftlicher Zusammenhalt in Thesengruppen zwischen Praktiker:innen aus der Politik und Wissenschaftler:innen debattiert.

Wir befinden uns bei dieser Diskussion dabei gleich in mehreren Spannungsfeldern – zwischen durch wissenschaftliche Forschung definierten Notwendigkeiten einerseits und den Dynamiken politischer Verhandlungen andererseits, sowie zwischen den jeweiligen Zielen unterschiedlicher Politikbereiche. Diese Spannungsfelder bringen für jene, die sich an einem lebendigen Austausch zwischen Wissenschaft und Politik beteiligen, gewisse Herausforderungen mit sich: Politiker:innen müssen waghalsige Visionen und Widersprüche aushalten können und offen sein für Erkenntnisse, die ihre politische Agenda (in Teilen) konterkarieren; Wissenschaftler:innen müssen die Rahmenbedingungen politischen Handelns mitbedenken, insbesondere demokratische Beteiligungsprozesse und gesellschaftliches Wirksamwerden.

Im Karl-Renner-Institut bemühen wir uns durch vielfältige Formate, den Austausch zwischen Wissenschaft und Politik zu intensivieren. Für die Bereitschaft, sich auf die damit einhergehenden Herausforderungen einzulassen und die Debatten zu bereichern, möchte ich mich bei all jenen bedanken, die sich an diesen Austauschformaten beteiligen und noch beteiligen werden.

# Einleitung

## Mit Thesen in den Austausch treten

**ANGELIKA STRIEDINGER**  
**MARIA MALTSCHNIG**

Im November 2022 versammelten sich über 70 renommierte Wissenschaftler:innen und hochrangige Politiker:innen im Karl-Renner-Institut zum ersten Forum Wissenschaft & Politik. Angeleitet von der Vision eines aktiven Staates, der die Menschen stärkt und schützt, entwickelten sie in vier moderierten Gesprächsrunden Thesen zu konkreten Fragestellungen rund um Wirtschaftspolitik, Arbeit & Leistung, Klimakrise und Zusammenhalt. Einige dieser Thesen sind in dieser Broschüre ausgeführt.

Wenn wir im Karl-Renner-Institut Räume für den Austausch zwischen Wissenschaft und Politik aufspannen, so folgt das immer dem Ziel, über einen reinen Informationsaustausch hinauszugehen: Wir wollen uns gemeinsam, auf Augenhöhe, aufeinander und auf unterschiedliche Sichtweisen einlassen und damit die Möglichkeit schaffen, dass etwas Neues entwickelt werden kann. Mit dem Forum Wissenschaft & Politik etablieren wir einen stabilen Rahmen für diese Form von Austausch; in dieser Broschüre halten wir zentrale Ergebnisse der Diskussionen fest und bereiten sie für breitere Kreise von Politiker:innen, Wissenschaftler:innen und Interessierten auf.

Das thesengeleitete Format gibt nicht nur dieser Broschüre eine fokussierte und gut zugängliche Form, sondern auch den Diskussionen während der Veranstaltung selbst. Eine These ist eine Behauptung, die erörtert und mit Argumenten untermauert wird. Dabei kann es sich sowohl um eine Tatsachenbehauptung handeln, als auch um ein Werturteil oder eine Forderung. Thesen strukturieren unser Verständnis eines Themas, indem sie bedeutsame Elemente und deren Zusammenhänge hervorheben, sie bieten eine Grundlage für die Analyse und Diskussion.

Gute Thesen sind interessant, wenn sie sowohl plausibel sind als auch Neues und Unerwartetes vermitteln. Sie spitzen ein Thema zu und sollen gar nicht unbedingt allgemeines Kopfnicken auslösen, sondern durchaus auch Widerspruch provozieren. Insofern ist diese Broschüre nicht als Positionspapier zu verstehen.

Alle Autor:innen, die ihre Thesen in dieser Broschüre präsentieren, waren aktive Teilnehmer:innen am Forum Wissenschaft & Politik und haben dort durch ihre hochwertigen Beiträge die Diskussion vorangetrieben. Durch diese verschriftlichten und ausformulierten Thesen wollen wir Impulse für Diskussionen liefern. Wir wünschen anregende Lektüre und freundschaftliches Debattieren!





## TEIL 1

# Wirtschaftspolitik



Wir erleben eine Inflation, die das Leben für viele Menschen unleistbar macht. Ein Drittel aller österreichischen Haushalte kann Konsumausgaben nicht mehr stemmen. Gleichzeitig beobachten wir eine enorme Konzentration von Vermögen und damit Macht. Das reichste Prozent besitzt 50 % des gesamten Vermögens, während die unteren 50 % de facto nichts besitzen. Dem nicht genug, befinden wir uns, um es mit den Worten des UN-Generalsekretärs Guterres zu formulieren, „auf einem Highway in die Klimahölle, und der Fuß ist immer noch auf dem Gaspedal“. Wir leben in einem Wirtschaftssystem, das auf der unendlichen Ausbeutung endlicher Ressourcen fußt – und das letztlich unsere Lebensgrundlagen zerstört.

**Welche grundlegenden Änderungen im Wirtschaftssystem braucht es, um langfristig und wirksam für Verteilungs- und Klimagerechtigkeit zu sorgen?**

THESE:

## „Es braucht eine umfassende **Bändigung des Kapitalismus**, insbesondere durch **Rückverlagerung des Profitstrebens auf die Realwirtschaft.**“

STEPHAN SCHULMEISTER

Seit Jahrzehnten wächst das größte Problem der Menschheitsgeschichte heran: die Zerstörung der globalen Lebensbedingungen durch die Erderhitzung. Gleichzeitig beschleunigt der Krieg in der Ukraine den weltweiten Anstieg der Inflation. Produzent:innen und Zwischenhändler:innen lebensnotwendiger Güter wie Nahrungsmittel schüren Versorgungsängste, um ihre Gewinnaufschläge zu steigern. Die Ungleichheit in der Einkommens- und Vermögensverteilung nimmt zu. Es entwickeln sich neue Formen atypischer Beschäftigung, die Arbeitslosigkeit ist in den letzten 50 Jahren stark angestiegen.

Der Nährboden für das Heranwachsen der multidimensionalen Krise ist der Finanzkapitalismus, welcher entsprechend neoliberaler Leitlinien seit den 1970er Jahren durchgesetzt wurde: Finanzderivate („Finanzinnovationen“) erleichtern die Spekulation mit Währungen, Rohstoffen, Aktien, Anleihen oder Kryptowährungen und destabilisieren

deren Preise. Unter diesen Rahmenbedingungen dämpfen die Unternehmen ihre Realinvestitionen, das Profitstreben verlagert sich zu Finanzspekulationen aller Art und das Wirtschaftswachstum sinkt von Jahrzehnt zu Jahrzehnt.

### **Fokussierung des Profitstrebens auf die Realwirtschaft**

Betrachtet man alle großen Probleme in ihrer Gesamtheit, wird klar: Wir befinden uns in einer Systemkrise, deren Fundament die jahrzehntelange Dominanz des Neoliberalismus ist. Doch mangels einer Diagnose ihrer ökonomischen, sozialen, ökologischen und politischen Dimensionen beschränkt sich die Reaktion der Politik auf symptomatische Maßnahmen – von Coronahilfen, Energiekostenzuschüssen und Übergewinnsteuern bis zu Finanzierungsfonds der EU für langfristige Projekte („NextGenerationEU“).



*Wir befinden uns in einer Systemkrise, deren Fundament die jahrzehntelange Dominanz des Neoliberalismus ist.*

Das Hauptdilemma: Eine den langen Weg in die gegenwärtige Krise erklärende, neue Wirtschaftstheorie und eine darauf basierende „Navigationskarte“ der Politik existieren nicht. Gleichzeitig ist eine wirkungsvolle Bekämpfung der bedrückendsten Probleme unabweislich. Diese Lage erfordert eine Bändigung des Kapitalismus in Gestalt vieler Einzelmaßnahmen. Ein Maßnahmenbündel betrifft dabei die Regulierung der Finanzmärkte. Denn Kapital ist ein gefräßiges, aber flexibles Tier, es geht dorthin, wo es etwas zu fressen gibt. Wenn auf regulierten Finanzmärkten kein Spekulationsprofit zu holen ist, konzentriert sich das Gewinnstreben auf die Realwirtschaft. Aus diesem Grund sind Phasen der Prosperität immer mit erheblicher Regulierung der Finanzmärkte verbunden gewesen. Umgekehrt fördern freie Finanzmärkte das Streben nach dem „schnellen Geld“.

### **Elektronische Auktionen statt Fließhandel auf Finanzmärkten**

Der überwältigende Teil der Transaktionen auf Aktien-, Devisen-, Anleihe- und Rohstoffderivatmärkten wird durch algorithmische Handelssysteme („algo trading“) generiert. Diese versuchen,

das Phänomen des „trending“ spekulativer Preise auszunutzen und verstärken es damit zugleich. Trends, die in eine Richtung (nach oben oder unten) über eine bestimmte Zeit länger dauern als in die Gegenrichtung, akkumulieren sich zu Bullen- bzw. Bärenmärkten. Diese destabilisieren die Realwirtschaft – einerseits wegen der damit verbundenen Unsicherheit und andererseits wegen der umfassenden Vermögensentwertung, wenn mehrere Bärenmärkte zusammenfallen (wie 2008).

Der enorme Fortschritt in der Informationstechnologie bewirkt auf den Finanzmärkten folgenden Teufelskreis: Hardware, Software und Internet ermöglichen ein immer schnelleres „algo trading“ (bis zum Hochfrequenzhandel), das immer „schnellere“ Preisdaten generiert, die wiederum eine weitere Beschleunigung des Handels ermöglichen.

Die einfachste Weise, diesen Teufelskreis zu durchbrechen, besteht im Übergang vom Fließhandel zu elektronischen Auktionen, etwa alle drei Stunden. Dies entspräche der Markttheorie, da eine Auktion ein geordnetes Verfahren zur Ermittlung von Gleichgewichtspreisen darstellt. Es gäbe dann nur alle drei Stunden einen neuen Kurs. Für alle Transaktionen, die realwirtschaftliche Aktivitäten finanzieren, reicht das völlig aus. Getroffen würde allerdings die „schnelle Finanzalchemie“.

### **Gründung eines Europäischen Währungsfonds**

Solange sich die Mitgliedsstaaten der Europäischen Währungsunion durch Ausgabe nationaler Anleihen zu unterschiedlichen Zinssätzen finanzieren, können private Akteure gegen einzelne Staaten spekulieren. Dadurch werden deren langfristige Zinsen in die Höhe getrieben, was im Ext-

remfall sogar zu einem Staatsbankrott führen kann (wie in der Eurokrise gegenüber Griechenland). Ein Europäischer Währungsfonds (EWF) könnte dies unterbinden, indem er sich durch Ausgabe von Eurobonds zu festen Zinssätzen finanziert und diese Mittel den einzelnen Euroländern für bestimmte (Transformations-)Projekte zur Verfügung stellt. Wäre die Nachfrage nach Eurobonds zum jeweils von EWF bestimmten Zinssatz zu gering, so würde die EZB einspringen. Auf diese Weise könnte der EWF Spekulationen gegen Eurostaaten vorbeugen und gleichzeitig den Prozess der ökologischen Transformation finanzieren, ohne die Budgets der einzelnen Staaten zu belasten. Indirekt können EWF und EZB dadurch auch stärkeren Einfluss auf die Höhe der langfristigen Zinsen nehmen.

#### Sonstige Maßnahmen zur Beschränkung der „Finanzalchemie“

Eine weitere Maßnahme zur Bändigung des (Finanz-)Kapitalismus wäre die Schaffung einer supranationalen Weltwährung („Globo“), welche aus einem Bündel der wichtigsten Währungen besteht (ähnlich dem ECU als Vorläufer des Euro) und so den Dollar als Leitwährung ablöst. Dessen Doppelrolle als nationale Währung der USA und als Weltwährung hat in den letzten 50 Jahren wesentlich zu den wichtigsten Turbulenzen bzw. Probleme-

#### WEITERE INFORMATIONEN UND LITERATUR

- Schulmeister, S. (2018). Der Weg zur Prosperität. ecoWing.

men in der Weltwirtschaft beigetragen – von den „Ölpreisschocks“ der 1970er Jahre bis zum exorbitant hohen Leistungsbilanzdefizit der USA.

Zudem sollten die Notenbanken die Zinsen auf einem Niveau stabilisieren, das stetig niedriger ist als die (erwartete) Wachstumsrate der Gesamtwirtschaft. Diese Rahmenbedingung erhöht den Finanzierungsspielraum für Realinvestitionen von Unternehmen, Staat und Haushalten, und ist daher Voraussetzung für eine umfassende ökologische Erneuerung des Kapitalstocks.

#### STEPHAN SCHULMEISTER

ist Jurist, Ökonom und Universitätslektor. Seine Forschungsschwerpunkte liegen in den Bereichen Finanzmärkte und internationaler Handel. Er ist Autor mehrerer Bücher. Zuletzt erschien Der Weg zur Prosperität 2018 bei ecoWing.



© ORF

THESE:

„Die **steigende Ungleichheit** ist schlecht für die Demokratie, Wirtschaft und Gesellschaft. Extrem hohe Vermögen und Einkommen sowie Kapitalerträge sollten daher gerechter besteuert werden.“

SELMA YILDIRIM

Zuerst Corona und dann Krieg in Europa. Von Kurzarbeit und Insolvenz zu Energieknappheit und explodierender Teuerung – wir schlittern von einer Krise in die nächste. Für viele Menschen in Österreich bedeutet das: immer knapp bei Kasse, ständiger Blick auf den Kontostand und Angst vor der nächsten Strom- bzw. Gasrechnung. Ein sehr kleiner Teil dagegen lacht sich ins Fäustchen und ist aufgrund enorm hoher Einkommen von Krisen und Inflation herzlich wenig betroffen. Es ist Zeit für mehr Gerechtigkeit durch höhere Steuern auf Vermögen, Kapitalerträge und für Spitzenverdiener:innen.

#### Extreme Ungleichheit: Eine Gefahr für die Gesellschaft

Wie ungleich Einkommen und Vermögen in Österreich wirklich verteilt sind, ist kaum zu glauben. Um sich die enorme Ungleichheit der Einkommen leichter vorstellen zu können, gibt es den sogenannten „Fat Cat Day“. Das ist jener Tag, an dem Top-Manager:innen das Jahres-Median-Einkommen durchschnittlicher Beschäftigter erreicht haben. In Österreich war das 2023 der 5. Jänner! Sie verdienen in wenigen Tagen Arbeit so viel, wie andere im ganzen Jahr! Manager:innen von börsennotierten ATX-Unternehmen verdie-



*Nimmt die  
Ungleichheit weiter zu,  
wird der soziale Frieden  
in unserem Land aufs  
Spiel gesetzt.*

nen im Schnitt 56-mal mehr als durchschnittliche Beschäftigte.

Was das Vermögen betrifft, so ist das Ungleichgewicht noch extremer: Das reichste Prozent in Österreich (das sind gerade einmal 39.000 Haushalte) besitzt 40 % des gesamten Vermögens. Durch ihr Vermögen (Unternehmen, Wohnungen, etc.) kassieren sie Millionen. Die untere Hälfte verfügt nur über zirka 3 % des gesamten Nettovermögens. Lediglich 8 % dieser Personen besitzen ein Eigenheim. Die meisten Personen in der unteren Vermögenshälfte sind Mieter:innen und kämpfen mit immer stärker steigenden Mietpreisen. Sie sind häufig hoch verschuldet, um sich ihr tägliches Leben leisten zu können.

Extreme Ungleichverteilung ist nicht nur ungerecht, sie schadet auch der Demokratie. Macht konzentriert sich auf sehr wenige Mächtige. Das hat auch negative Auswirkungen auf Wirtschaft und Gesellschaft, es drohen Proteste und Verarmung. Anders ausgedrückt: Nimmt die Ungleichheit weiter zu, wird der soziale Frieden in unserem Land aufs Spiel gesetzt.

### Vermögen gerecht besteuern

Um der extremen Ungleichheit entgegenzutreten, sind vermögensbezogene Steuern unerlässlich. Aktuell gibt es in Österreich weder Erbschafts- noch Vermögenssteuer. Im internationalen Vergleich sind wir damit Schlusslicht. Die SPÖ fordert daher, dass Vermögen über 1 Million Euro gerecht besteuert werden. Es geht also um eine Besteuerung der reichsten 3-4 %. Alles darunter wäre ein Freibetrag. Ein Beispiel: Bei einem Steuersatz von 1 % bedeutete das 1.000 € Steuer für ein Vermögen von 1,1 Mio. €.

55,7 % der Steuern in Österreich kommen aus Einkommen, 27,5 % aus Konsum und nur 16,8 % aus Kapital. Bei den Einkommen gibt es einen progressiven Steuersatz. Wer mehr verdient, zahlt auch mehr. Das gilt aber nur bei den Arbeitseinkommen, denn bei Kapitaleinkommen zahlen alle dieselben Steuersätze. Wer Dividenden oder Zinserträge kassiert und sein Geld mit Spekulation verdient, zahlt 27,5 % bzw. 25 % Kapitalertragssteuer. Diese Deckelung ist ungerecht, ist doch die einbehaltene Lohnsteuer im Schnitt deutlich höher. Mit einer progressiven Besteuerung von Kapitalerträgen könnte man für mehr Verteilungsgerechtigkeit sorgen. Niedrige Beträge würden begünstigt, für große Kapitalerträge wären höhere Steuern zu zahlen.

Gewinne, die Betrieben entnommen werden, sollten progressiv besteuert werden, die Substanz aber unangetastet bleiben. Das heißt: Werden erwirtschaftete Gelder reinvestiert, um Unternehmen weiterzuentwickeln, soll niedriger besteuert werden. Werden hohe Gewinne ausgeschüttet und hohe Boni an Geschäftsführer:innen oder Vorstände gezahlt, so muss höher besteuert werden.

Der Spitzensteuersatz für Einkommen ab 1 Million Euro liegt in Österreich aktuell bei 55 %. Diese Regelung ist allerdings bis 2025 befristet und sinkt dann wieder auf 50 %, sollte sie nicht verlängert werden. Die SPÖ fordert die Beibehaltung des Spitzensteuersatzes über 2025 hinaus. Auch hier sollten wir überlegen, die Sätze zu erhöhen. Das heißt: je höher die Einkommen, desto höher die Steuer. Ich könnte mir einen Steuersatz von bis zu 70 % für Spitzenverdiener:innen vorstellen. Dass dies leistungsfeindlich sein soll, hat sich im Laufe der Geschichte nicht bestätigt.

### WEITERE INFORMATIONEN UND LITERATUR

- Arbeiterkammer. 5. Jänner 2023: Fat Cat Day. <https://www.arbeiterkammer.at/fatcatday>.

### SELMA YILDIRIM

ist Innsbruckerin und Juristin. Sie arbeitete 14 Jahre lang in einer Beratungsstelle für Migrant:innen und ist seit 2007 in der Finanzverwaltung tätig. Sie ist Nationalratsabgeordnete und Justizsprecherin der SPÖ, sowie Landesfrauenvorsitzende der SPÖ Tirol.



THESE:

## „Soziale und ökologische Probleme müssen zusammen betrachtet werden. Wir können uns **Überreichtum** (auch ökologisch) nicht mehr leisten.“

STEPHAN PÜHRINGER

**W**ir befinden uns in einer multiplen Krisensituation. Durch die aktuelle Energie- und Teuerungskrise finden immer weniger Menschen Auslangen mit ihrem Einkommen. Sie sehen sich schon im Bereich der Grundversorgung mit existenziellen Problemen konfrontiert. Gleichzeitig steigt das Vermögen der Allerreichsten durch diese Krise unbeschadet immer weiter an. Zudem bekommen wir die Auswirkungen der Klimakatastrophe vor Augen geführt: In immer kürzeren Abständen lesen wir Berichte über Naturkatastrophen, monatliche Allzeit-Temperaturrekorde, Hitzesommer, den Verlust an Biodiversität und Artensterben. Und gleichzeitig enden Klimakonferenzen ein ums andere Mal ergebnislos oder nur mit Lippenbekenntnissen. Sie werden von reichen Staaten und globalen Konzernen torpediert, für die ökologische Standards nur dann von Interesse sind, wenn sie Profite bringen.

### Die Soziale Frage: Armut und Superreichtum Tür an Tür

Unsere Gesellschaften werden immer ungleicher – vor allem, wenn es um Vermögen geht. Das wurde durch eine Vielzahl nationaler und internationaler Studien gezeigt. In Österreich besitzt das reichste Prozent etwa 40 % des gesamten Vermögens, die untere Hälfte etwa 2,5 %. Dieses eklatante Missverhältnis hat sich in den letzten Jahren – trotz vieler Krisen – immer weiter verschärft. Politische Kräfte haben hier nicht gegengesteuert – im Gegenteil: 2008 wurde in Österreich die Erbschaftssteuer abgeschafft. Gegenwärtig ist geplant, die Körperschaftssteuer für Unternehmen in den nächsten Jahren weiter zu senken!

Im internationalen Maßstab ist die Konzentration von Vermögen teilweise noch perfider: Eine Studie von Oxfam mit dem Titel „Inequality Kills“ (Ungleichheit tötet) hat kürzlich gezeigt,

dass dem reichsten Prozent der Welt während der Corona-Pandemie zwei Drittel des gesamten Vermögenszuwachses zukam. Das Vermögen des reichsten Menschen der Welt entspricht fast dem Bruttoinlandsprodukt – also der gesamten jährlichen Wertschöpfung – Österreichs! Hierzulande besitzt der reichste Haushalt in etwa so viel wie 200.000-300.000 mittelvermögende Österreicher:innen. Diese Relationen zeigen eindringlich, dass die Konzentration von Vermögen bei wenigen zu einem gesellschaftlichen Problem aller geworden ist.

### Die ökologische Frage: Nicht zuletzt (auch) eine Frage des Überreichtums

Betrachtet man wiederum die aktuelle ökologische Krise, so zeigt sich auch ein nationales und noch in viel stärkerem Ausmaß internationales Ungleichgewicht. Was Emissionen und den Verbrauch von Energie und Ressourcen betrifft, stellt sich der westlich-kapitalistische Lebensstil als nicht-nachhaltig heraus. So sind etwa die Hälfte der weltweiten Emissionen den reichsten 10 % zuzurechnen. Die ärmste Hälfte der Weltbevölkerung wiederum ist nur für etwa 7 % der Emissionen verantwortlich.

Und so einfach es auch scheint, steigende CO<sub>2</sub>-Emissionen in China und Indien zu problematisieren, so grundfalsch ist dieser Vergleich: Denn der ökologische Fußabdruck Westeuropas und der USA ist immer noch ein Vielfaches von jenem Chinas und Indiens. Der westliche „imperiale Lebensstil“ (Ulrich Brand) – vor allem jener der Allerreichsten – stellt eine Überbelastung für die Erde dar. Zum Vergleich: Als der Multimilliardär Richard Branson mit einer Tourismusrakete in den Weltraum flog, stieß er an einem Tag so viel CO<sub>2</sub> aus, wie 11 Millionen Menschen in Burundi.



*Eine progressive politische Agenda kann daher nur in der gemeinsamen Betrachtung, Auseinandersetzung und Bearbeitung sozialer und ökologischer Problemstellungen bestehen.*

### Vermögenskonzentration und imperialer Lebensstil: Probleme, die man gemeinsam lösen muss

Mit der sozialen und ökologischen Krise fallen also aktuell zwei Probleme zusammen, deren Auswirkungen eine ernsthafte Herausforderung für Gesellschaften des 21. Jahrhunderts darstellen. So unterschiedlich diese beiden Krisenphänomene auf den ersten Blick auch erscheinen mögen, so unmittelbar hängen sie doch zusammen. Eine progressive politische Agenda kann daher nur in der gemeinsamen Betrachtung, Auseinandersetzung und Bearbeitung sozialer und ökologischer Problemstellungen bestehen. Und sie bedarf einer offenen Diskussion darüber, wie wir das Verhältnis von Wirtschaft, Politik und Gesellschaft neu organisieren wollen – in einer Weise, die ein friedliches und demokratisches Zusammenleben auch in Zukunft ermöglicht. Progressive Politik muss also klimasozial sein. Sie muss die Übernutzung von Ressourcen bei gleichzeitiger Unterversorgung in den Bereichen Gesundheit, Bildung,

Wohnen und Lebensqualität thematisieren, wie es Kate Raworth mit dem Konzept der „Doughnut-Economics“ vorschlägt.

### Ja, beides lösen!

Konkret und pragmatisch könnte das in Österreich heißen: Tempo 100 bei gleichzeitiger Arbeitsverkürzung bei vollem Lohnausgleich. Oder ganz allgemein formuliert: Verbote und Obergrenzen für klimaschädliches Verhalten, gepaart mit Angeboten und Mindeststandards für ein nachhaltiges Leben. Ein rascher und breit angelegter Ausbau des öffentlichen Verkehrs bietet eine realistische Alternative zum Individualverkehr. Innovative Raumplanung und Schaffung von gemeinschaftlichem Wohnraum bieten Alternativen zum individuellen Eigenheim mit Pool am Speckgürtel. Eine öffentlich abgesicherte Jobgarantie und breit angelegte Umschulungsprogramme ermöglichen einen Ausstieg aus nicht-nachhaltigen Branchen wie der Autoindustrie. Öffentliche Forschung zu sozialökologischer Transformation drängt den Einfluss von Industriekonzernen zurück.

Für all diese Maßnahmen braucht es nicht nur eine starke öffentliche Wirtschaftspolitik, sondern auch finanzielle Ressourcen: Dazu gehört unvermeidlich eine umfassende Besteuerung von Vermögen und Übergewinnen, um Superreichtum zu begrenzen. Noch einmal konkret: Würde etwa

### WEITERE INFORMATIONEN UND LITERATUR

- Armutskonferenz, ATTAC & Beigewum (2021). Klimasoziale Politik - Eine gerechte und emissionsfreie Gesellschaft gestalten. bahoe books.
- Barros, B. & Wilk, R. (2021). The outsized carbon footprints of the super-rich. Sustainability: Science, Practice and Policy, 17(1), 316-322.
- Raworth, K. (2017). Doughnut economics: Seven ways to think like a 21st century economist. Chelsea Green Publishing.

in Österreich (noch) eine Erbschaftssteuer von 15 % gelten, könnten alleine durch die mit dem Ableben von Dietrich Mateschitz verbundenen Steuereinnahmen (bei einem 2021 geschätzten Vermögen von etwa 25 Mrd. €) alle armutsgefährdeten Personen Österreichs über die Armutgefährdungsschwelle gehoben werden (das Momentum Institut hat jüngst die Kosten hierfür auf 4,2 Mrd. € geschätzt).



© Stephan Pühringer

### STEPHAN PÜHRINGER

ist Sozioökonom am Institut für die Gesamtanalyse der Wirtschaft (ICAE) an der Johannes Kepler Universität Linz und Gründungsmitglied der Initiative Netzwerk Unterbau Wissenschaft (NUWiss).

THESE:

**„Wir dürfen nicht akzeptieren, dass manche von der Krise profitieren, während weite Teile der Bevölkerung immer ärmer werden. Eine echte Übergewinnsteuer ist mehr als überfällig.“**

RAINER WIMMER

**W**ir erleben aktuell eine der stärksten Teuerungskrisen, die unser Land seit Jahrzehnten gesehen hat – maßgeblich verursacht durch die gestiegenen Energiepreise in Folge des russischen Überfalls auf die Ukraine. Die Krise bringt Belastungen durch die gestiegenen Energiepreise mit sich, die jedoch nicht gleich verteilt sind: Die belastend hohen Strom- und Gasrechnungen der einen finanzieren die unverschämte hohen Gewinne der anderen – es findet eine Umverteilung von unten nach oben statt. Diese Umverteilung wurde von der schwarz-grünen Bundesregierung viel zu lange tatenlos hingenommen. Nicht zuletzt, weil sie selbst davon profitiert: Hohe Stromrechnungen und teurer werdende Einkäufe im Supermarkt

“

*Die gescheiterte Krisenpolitik während der Corona-Pandemie wiederholt sich: Geht es um Menschen und private Haushalte, wird auf Einmalzahlungen gesetzt.*

spülen dem Finanzminister über die Mehrwertsteuer Geld in die Kassen.

### Krisenpolitik für Unternehmen und die Allerreichsten

Die gescheiterte Krisenpolitik während der Corona-Pandemie wiederholt sich: Geht es um Menschen und private Haushalte, wird auf Einmalzahlungen gesetzt. Zudem werden die Hilfen so kompliziert aufgesetzt, dass sie nicht von allen in Anspruch genommen werden können (man denke an den 150-Euro-Energiegutschein oder den sogenannten „Anti-Teuerungsbonus“, als tausende Menschen vor Postämtern Schlange standen, um ihre Gutscheine in Geld einzutauschen). Geht es um Unternehmen, so können die Staatshilfen sowohl dem Volumen als auch den Rahmenbedingungen nach gar nicht großzügig genug ausgestaltet sein. Geht es um Markteingriffe, dann ist der ideologisch motivierte Widerwille der ÖVP förmlich mit Händen zu greifen. Daher hat die Bundesregierung anstatt eines echten Preisdeckels bei Strom und Gas auch nur die halbherzige Variante einer Strompreisbremse umgesetzt. Und daher wurde die Übergewinnsteuer für die betroffenen Unternehmen so billig wie nur irgendwie möglich ausgestaltet.

### Übergewinnbesteuerung: Auf halbem Weg und halber Tat ...

Der „Energiekrisenbeitrag-Strom“ wurde im Dezember 2022 beschlossen und setzt eine Vorgabe der Europäischen Union in ihrer Minimalvariante um. Für die Feststellung des Übergewinns werden zum durchschnittlichen Gewinn der vergangenen vier Jahre 20 % hinzugerechnet. Erst ein darüberliegender Gewinn wird mit maximal

40 % besteuert, wobei Energieunternehmen diesen Prozentsatz auf 33 % senken können, wenn sie Investitionen in erneuerbare Energien nachweisen. Diese Abgabe wird für Öl- und Gasunternehmen zwar rückwirkend, aber erst mit Juli 2022 schlagend, auch wenn die Gewinne schon davor in die Höhe geschossen sind. Übergewinne bei Stromanbietern liegen erst ab einem Strompreis von über 140 Euro pro Megawattstunde (MWh) bzw. bei Investition in Erneuerbare von über 180 Euro pro MWh vor, darüber liegende Einnahmen werden mit 90 % besteuert.

Ein konkretes Beispiel: Die OMV konnte ihren Nettogewinn im Jahr 2022 auf fast 5,2 Milliarden Euro steigern, das ist ein zusätzlicher Gewinn von 2,4 Milliarden Euro im Vergleich zum Vorjahr. Durch die österreichische „Übergewinnbesteuerung“ sinkt dieser zusätzliche Gewinn auf 2,3 Milliarden Euro – ein mächtiger Eingriff sieht anders aus. Bei anderen Energiekonzernen sieht man Ähnliches.

Es zeigt sich klar, dass die Definition des Übergewinns zu großzügig angesetzt und der Steuersatz zu niedrig bemessen ist. Die Übergewinne landen also weiterhin als Dividenden bei den Aktionär:innen, während Maßnahmen gegen die Teuerung und für die notwendige Energiewende durch Steuergeld finanziert werden müssen. Das ist besonders bitter, da die aktuellen Rekordgewinne der Energieunternehmen nicht das Ergebnis von Innovation oder geschicktem Unternehmertum, sondern letzten Endes Kriegsprofite sind. In der aktuellen Situation zu zögern, bedeutet für viele Menschen Armut, Armutsgefährdung oder zumindest die Bedrohung ihres erarbeiteten Wohlstands. Das gefährdet die Existenz vieler Menschen und bedroht unsere Gesellschaft als Ganze.

### Teuerung: Auswirkungen und Ursachen bekämpfen!

Es ist daher notwendig, den drei genannten Versäumnissen der Regierenden mit besseren Vorschlägen zu begegnen. Es müssen inflationslindernde Sofortmaßnahmen ergriffen werden. Dazu gehört die vorübergehende Aussetzung der Besteuerung von Lebensmitteln und Treibstoffen sowie die Deckelung der Mieten. Staatshilfen für Unternehmen müssen an klare Kriterien gebunden sein, beispielsweise an eine Arbeitsplatz- und Standortgarantie, die Umsetzung von Maßnahmen zur CO<sub>2</sub>-Reduktion oder die Begrenzung von Boni und Dividenden. Darüber hinaus braucht es Markteingriffe wie die Entkoppelung von Strom- und Gaspreis, strenge Preiskontrollen in sensiblen Bereichen sowie die effektive Abschöpfung von Übergewinnen – auch wenn neoliberale Ideologen angesichts dessen in Schnappatmung verfallen.

### WEITERE INFORMATIONEN UND LITERATUR

- Österreichischer Gewerkschaftsbund (2022). Übergewinne besteuern? So geht's!  
[https://www.oegb.at/themen/soziale-gerechtigkeit/steuern-und-konjunktur/oegb\\_ak\\_modell\\_uebergewinne](https://www.oegb.at/themen/soziale-gerechtigkeit/steuern-und-konjunktur/oegb_ak_modell_uebergewinne).
- Momentum Institut (2022). Abschöpfung von Kriegs- und Übergewinnen historisch üblich.  
<https://www.momentum-institut.at/news/abschoepfung-von-kriegs-und-uebergewinnen-historisch-ueblich>.

### RAINER WIMMER

ist Bundesvorsitzender der Produktionsgewerkschaft PRO-GE sowie der Fraktion Sozialdemokratischer GewerkschafterInnen (FSG) und Abgeordneter zum Nationalrat (SPÖ). Davor war der gelernte Elektriker Bergmann, Betriebsrat und Bürgermeister.



THESE:

## „Eine **aktive Fiskalpolitik** ist wesentlich für eine zukunftsgerichtete Wirtschaftsweise und kann nur durch einen geeigneten europäischen Rahmen umgesetzt werden.“

ELISABETH SPRINGLER

Die Mitgliedsstaaten der Europäischen Währungsunion sind kein räumlich optimales Währungsgebiet und weisen maßgebliche strukturelle Unterschiede auf. Die Notwendigkeit struktureller Konvergenz der Mitgliedsstaaten der zukünftigen Eurozonen-Länder stand deshalb außer Streit und fand ihre erste Manifestation bereits durch die Maastricht-Kriterien Anfang der 1990er Jahre. Damals wurden die Grundpfeiler der fiskalischen Disziplin eingeschlagen: 3 % Prozent als Obergrenze für das Defizit des öffentlichen Sektors gemessen am Bruttoinlandsprodukt und 60 % als Obergrenze für die Staatsverschuldung gemessen am Bruttoinlandsprodukt.

Als Konsequenz mangelnder sichtbarer Effektivität wurden die Maastricht-Kriterien und später die fiskalischen Kriterien des Wachstums- und

Stabilitätspakts strukturell nicht grundlegend überdacht, sondern verfeinert und mit verstärkter Durchsetzungskraft versehen. Dies geschah auch durch den Fiskalpakt nach der Finanzkrise 2008/09, der zum einen eine Verfeinerung eines mittelfristigen Haushaltsziels vorsah und zum anderen für Staaten mit einer Staatsverschuldung über 60 % des Bruttoinlandsprodukts einen Sparpfad initiierte. Dabei gilt es, jährlich ein Zwanzigstel des Teils der Schuldenquote abzubauen, der über der Grenze von 60 % liegt. Diese Regelung führt zu starken fiskalischen Handlungseinschränkungen für jene Staaten, die dieses Ziel nicht erreichen.

Die Kriterien im Fiskalpakt führten jedoch nicht nur bei Staaten mit einer Verfehlung der Zielvorgaben zu einer massiven Einschränkung des fiskalischen Handlungsspielraums. Auch Ökonomien,

deren Ausgangslage eine Ausweitung der Ausgaben innerhalb der fiskalischen Kriterien erlauben würde, werden durch eine weitere Zielvorgabe des Fiskalpaktes in ihrem Handeln eingeschränkt. Die sogenannte Ausgabenregel legt nämlich fest, dass der reale Ausgabenzuwachs grundsätzlich nicht höher sein darf als das mittelfristige Potenzialwachstum. Das ist eine ökonomische Referenzgröße, die – ähnlich wie bereits die Festsetzung der Höhe der Kriterien selbst – fundamentale ökonomisch-theoretische Kritik in sich birgt.

Das Fazit dieser Entwicklungen ist, dass für Europa klar das Primat der supranationalen Geldpolitik als wirtschaftspolitischer Handlungsspielraum gilt. Dabei übernimmt die Geldpolitik zunehmend stabilitätspolitische Aufgaben, während die Funktionalität des öffentlichen Sektors auch bei nachhaltig stabilen Finanzen eingeschränkt wird.

### Revision des europäischen Rahmens gefordert

Durch den Druck der exogenen Schocks COVID-19 und der Energiekrise wurden die Fiskalregeln 2020-2022 ausgesetzt und gleichzeitig eine Revision des europäischen Rahmens eingeläutet, um notwendige Maßnahmen der sozial-ökologischen Transformation finanzieren zu können. Die formulierten Forderungen umfassten dabei zwei Richtungen: zum einen die Herstellung eines größeren aktiven fiskalischen Handlungsspielraums auf nationalstaatlicher Ebene und zum anderen die Schaffung eines gut dotierten Fonds zur Unterstützung von Investition und Veränderungen in den Produktionsprozessen. Erstere manifestiert sich in Vorschlägen wie der goldenen Investitionsregel, die unter anderem vom Institut für Makroökonomie in Deutschland propagiert wird und das „Herausrechnen“ von aktiven zukunfts-



*Die Reform des fiskalischen Rahmens kann daher nur als Schritt in die richtige Richtung gewertet werden.*

gerichteten Staatsausgaben fordert. Zweitens konzentriert sich auf den mehrjährigen Finanzrahmen der Europäischen Union, in dem derzeit insgesamt 1,8 Billionen Euro von 2021 bis 2027 für die 27 Mitgliedsstaaten der Europäischen Union vorgesehen sind. Der Finanzrahmen soll Maßnahmen gegen die gesellschaftlichen Effekte der Pandemie und zur sozial-ökologischen Transformation der Produktionsprozesse ermöglichen.

### Veränderungen des Europäischen Regelwerks sind ein Schritt, aber nicht umfassend genug

Ein Wiedereinsetzen der bestehenden Fiskalregeln ab 2023 würde für die Mitgliedsstaaten der Euro-Zone angesichts der derzeitigen konjunkturellen Entwicklungen massive Sparmaßnahmen nach sich ziehen. Im November 2022 wurde ein Vorschlag zur Restrukturierung der Fiskalregeln veröffentlicht, der zwar weiterhin an den beiden fiskalischen Kriterien festhält, diese aber in eine neue Ausgabenregel einbettet, an den Begriff der nachhaltigen Staatsverschuldung knüpft und auf diese Weise scheinbar den Handlungsspielraum erweitert. Ebenso ersetzt die neue Ausgabenregel

den bestehenden Schuldenabbaupfad. Den Vorschlägen eines expliziten „Herausrechnens“ von Investitionen wurde nur indirekt durch nationale Investitionspläne Rechnung getragen, die allerdings wiederum von der Europäischen Kommission genehmigt werden müssen.

Die Reform des fiskalischen Rahmens kann daher nur als Schritt in die richtige Richtung gewertet werden. Die Anforderungen an eine aktive und zukunftsgerichtete Fiskalpolitik hinsichtlich Volumina und „Maßnahmenbeweglichkeit“ sind weitaus größer. Auch die Dotierung innerhalb des mehrjährigen Finanzrahmens reicht für die Finanzierung von Investitionen zur Transformation der Wirtschaftsweise nicht aus.

#### WEITERE INFORMATIONEN UND LITERATUR

- Becker, H., Paetz, C., Watt, A. & Watzka, S. (2023). Reform der EU-Fiskalregeln. Kommissionsvorschlag erster Schritt in die richtige Richtung. IMK Kommentar 10, Hans-Böckler-Stiftung.
- Mühlbach, C. (2022). Ein Update für die europäischen Fiskalregeln. Wirtschaftsdienst 102 (6), 456-460.
- Heimberger, P. & Lichtenberger, A. (2022). RRF 2.0: Ein permanenter EU-Investitionsfonds im Kontext von Energiekrise, Klimawandel und EU-Fiskalregeln. wiiw Research 23.
- Fiskalrat (Hrsg.) (2022). Empfehlungen des Fiskalrates zur Budgetpolitik 2023.

#### ELISABETH SPRINGLER

ist Makroökonomin mit den Schwerpunkten Postkeynesianische Theorie, Geldpolitik, Makroökonomische Koordinierung und Wohnungswirtschaft. Neben ihrer Tätigkeit im Hochschulsektor ist sie Mitglied im österreichischen Fiskalrat und im Finanzmarktgremium.



© Elisabeth Springler

THESE:

## „Es braucht eine neue **Definition von Daseinsvorsorge**. Neben der Wasserversorgung muss die Befriedigung weiterer zentraler Bedürfnisse verfassungsrechtlich verankert werden.“

GERHARD RIEGLER

Es herrscht in Österreich allgemeiner Konsens darüber, dass es im Bereich der Wasserversorgung strenge rechtliche Rahmenbedingungen geben sollte, um die Versorgung der Bevölkerung mit ausreichend sauberem Trinkwasser zu niedrigen Preisen zu gewährleisten. Rund 5.500 Wasserversorgungsunternehmen (kommunale Anlagen, Wasserverbände, Genossenschaften) versorgen die Bevölkerung mit qualitativ hochwertigem Trinkwasser, das den strengen gesetzlichen Anforderungen entspricht.

Im Juni 2019 hat sich der Nationalrat mit einer breiten Mehrheit dazu entschlossen, das Recht auf öffentliche Trinkwasserversorgung auch verfassungsrechtlich abzusichern. Wasser darf nicht

zu einer Ware werden, die reinen Profitinteressen unterliegt. „Die Republik Österreich (Bund, Länder und Gemeinden) bekennt sich zur Wasserversorgung als Teil der Daseinsvorsorge und zu ihrer Verantwortung für die Sicherung deren Erbringung und Qualität, insbesondere dazu, das öffentliche Eigentum an der Trinkwasserversorgung und die Verfügungsgewalt darüber im Interesse von Wohl und Gesundheit der Bevölkerung in öffentlicher Hand zu erhalten“, heißt es wörtlich im Bundesverfassungsgesetz. Neben der Versorgung mit ausreichend Trinkwasser in hoher Qualität gibt es derzeit eine breite Diskussion darüber, welche gesetzlich verankerten Aufgaben der Staat in der Daseinsvorsorge sonst noch übernehmen sollte.



*Bildung, Gesundheit,  
Wohnen, Verkehr und  
Energie – zu all diesen  
Bereichen braucht es  
staatlich garantierten und  
leistbaren Zugang.*

#### Was zählt zur Daseinsvorsorge

Unter Daseinsvorsorge versteht man die Aufgabe des Staates, für eine ausreichende Befriedigung der Grundbedürfnisse der Bevölkerung zu sorgen. Dabei geht es um Bereiche, die für das menschliche Leben essenziell sind und in denen die „unsichtbare Hand des Marktes“ nicht ausreichend funktioniert. Welche Bereiche nun zur Daseinsvorsorge zu rechnen sind, wird politisch rege diskutiert. Aus Sicht der Sozialdemokratie gehören dazu neben der Wasserversorgung unter anderem Bildung, Gesundheit, Wohnen, Verkehrsinfrastruktur und Energie.

Nicht zuletzt durch die massive Teuerung von Energie hat die Diskussion über Daseinsvorsorge zusätzlich Fahrt aufgenommen. So wird anhand der Diskussion um das sogenannte „Merit-Order-Prinzip“ klar, dass die vor 20 Jahren begonnene Strommarktliberalisierung in Österreich evaluiert werden sollte. Die damalige Intention war, Stromkund:innen die Möglichkeit zu geben, ihre Anbieter frei auszuwählen. Damit wollte man den

regionalen Monopolisten entkommen. Aus heutiger Sicht muss das Liberalisierungsprojekt aber als gescheitert betrachtet werden. Denn während etwa die Preise für Trinkwasser strengen gesetzlichen Rahmenbedingungen unterworfen sind, findet die Preisbildung für Energie auf internationalen Börsen statt und ist durch Spekulation von den Entstehungskosten entkoppelt. Damit ist die Entwicklung von Energiepreisen politischen Macht- und wirtschaftlichen Profitinteressen unterworfen. Extreme Teuerung und Verarmung sind die Folge.

#### Verfassungsrechtliche Neuordnung der Daseinsvorsorge

Die andauernden weltweiten Krisen (Corona-Pandemie, Krieg in der Ukraine, Klimakrise etc.) zeigen, dass es gerade bei Grundversorgungsleistung zu massiven Preiseskalationen kommen kann, wenn die Preisbildung rein marktwirtschaftlich orientierten Prinzipien überlassen wird. Als Antwort darauf muss das Prinzip der Daseinsvorsorge in Zukunft größer gedacht werden. Bildung, Gesundheit, Wohnen, Verkehr und Energie – zu all diesen Bereichen braucht es staatlich garantierten und leistbaren Zugang.

Aber um eine Neuordnung der Daseinsvorsorge in Österreich auf einem verfassungsgesetzlichen Fundament zu schaffen, braucht es einen breiten gesellschaftlichen Diskurs. Dieser muss auch durch die verantwortlichen Institutionen der Europäischen Union angestoßen werden. Denn dem Subsidiaritätsprinzip folgend, kann die Daseinsvorsorge in der heutigen Zeit nur überstaatlich geregelt werden. Ziel dieses Diskurses sollte eine einheitliche Definition und ein gemeinsames Verständnis von Daseinsvorsorge sein. Es muss genau festgelegt werden, welche Bereiche die Da-

seinsvorsorge umfasst und welche Bereiche rein marktwirtschaftlichen Prinzipien unterworfen werden. Zudem müssen Mittel und Wege gefunden werden, wie die Leistungen der Daseinsvorsorge öffentlich finanziert werden können. Die Kosten dürfen nicht an Menschen mit niedrigen und mittleren Einkommen hängen bleiben.

#### WEITERE INFORMATIONEN UND LITERATUR

- Arbeiterkammer & FORBA (2009). Zur Zukunft öffentlicher Dienstleistungen. Die Privatisierung öffentlicher Dienstleistungen und deren Auswirkungen auf Qualität, Beschäftigung und Produktivität.

#### GERHARD RIEGLER

ist Vizebürgermeister seiner Heimatstadt Amstetten. Von 2015 bis 2020 war er Stadtrat für Soziales, Jugend und Generationen. Seit 2018 arbeitet er als Landesbildungssekretär der SPÖ Niederösterreich und Landesstellenleiter des Karl-Renner-Instituts.



## TEIL 2

# Arbeit und Leistung

Gesellschaftlich wertvolle Arbeit ist in den letzten Jahren und Krisen in den Vordergrund gerückt. Viel wurde dazu diskutiert, allen voran die Frage, wie diese Leistungen angemessen abgegolten werden können. Politische Aktionstage und Messinstrumente wie der Gender-Pay-Gap, der Pension-Gap oder der Fat-Cat-Day führen Jahr für Jahr sehr eindrücklich krasse Ungleichverhältnisse vor Augen. Eine Zeitreihen-Analyse dieser Aktionstage trübt jeglichen positiven Ausblick, sondern führt unmittelbar zu der Frage: Welche Maßnahmen braucht es und welche Möglichkeiten gibt es, um diese Schief lagen rasch an- und auszugleichen?

**Wie kommen wir zu einer angemessenen Anerkennung, Entlohnung und wirtschaftspolitischen Gewichtung gesellschaftlich wertvoller Arbeit?**



THESE:

## „Die Trennung von Lohnarbeit und unbezahlter Sorgearbeit bildet die Grundlage bestehender Machtverhältnisse sowie struktureller Ungleichheiten zwischen den Geschlechtern. Reduktion von Ungleichheit braucht **Neubewertung von Arbeit** in allen Sphären.“

CHRISTINE MAYRHUBER

Ausgehend von der Summe aller Tätigkeiten für das menschliche Leben, ist Erwerbsarbeit nur ein kleiner Ausschnitt. Die Arbeit in den privaten Haushalten, ehrenamtliche Arbeit, Freiwilligenarbeit und informelle Arbeit summierten sich gemäß Zeitverwendungsstudie aus 2008/09 auf 186,5 Mio. Arbeitsstunden, berufliche Tätigkeiten hingegen nur auf 182,4 Mio. Stunden. Frauen leisten zwei Drittel der unbezahlten und rund zwei Fünftel der bezahlten Arbeit. Der Wert unbezahlter Sorgearbeit in den österreichischen Privathaushalten beträgt Schätzungen zufolge ein bis zwei Drittel des Bruttoinlandsprodukts.

### Frauen arbeiten mehr als Männer

Die quantitative wie qualitative Bedeutung der überwiegend von Frauen geleisteten unbezahlten Arbeit verdeutlicht, dass ohne Sorgearbeit keine

Erwerbsarbeit möglich ist: Der Lohn auf dem Küchentisch ermöglicht noch kein Leben. Vielmehr braucht es Sorgearbeit, um zu leben und anderen Tätigkeiten nachgehen zu können. Sie ist damit die Grundlage und Vorbedingung für Erwerbsarbeit.

Sorgearbeit wird zum überwiegenden Teil von Frauen geleistet. Damit manifestieren sich finanzielle wie soziale Asymmetrien zulasten der Frauen. Die Hauptverantwortung für Sorgearbeit begrenzt die Zeitautonomie: Sorge- und Betreuungsarbeit richtet sich nach den Bedürfnissen der zu versorgenden Person, sie ist damit fremdbestimmt. Unbezahlte Sorgearbeit bedeutet eine vollständige finanzielle Abhängigkeit vom Haushaltskontext. Sind Frauen erwerbstätig, bleibt ihre Hauptverantwortung für die Sorgearbeit trotzdem aufrecht. Dadurch kann knapp die Hälfte der Frauen nur teilzeiterwerbstätig sein. Finanzielle Eigenständigkeit ist dadurch weiterhin nicht ge-



*Wir sehen eine „Modernisierung des Patriarchats“ zulasten der Frauen.*

ben. Und auch bei Vollzeitwerbstätigkeit ist für viele Frauen keine finanzielle Autonomie garantiert. Allein in den vergangenen zwei Jahrzehnten hat die Frauenbeschäftigungsquote in Österreich um 12 Prozentpunkte auf 68 % zugenommen, bei den Männern war die Wachstumsdynamik nur halb so groß. Die stärkere Erwerbsbeteiligung der Frauen hat aber nicht zu einer entsprechenden Reduktion unbezahlter Sorgearbeit geführt. Betreuungsrbeit und vor allem Hausarbeit nehmen bei Männern wenig Zeit in Anspruch, die traditionellen Geschlechterverhältnisse sind weiterhin aufrecht. Wir sehen eine „Modernisierung des Patriarchats“ zulasten der Frauen.

### Erwerbsarbeit für Frauen ist Teil des Problems und weniger Teil der Lösung

Auch Vollzeitwerbstätigkeit ist für Frauen kein Garant für ein finanziell autonomes Leben. Erwerbsarbeit ist Teil des Problems der geschlechtsspezifischen Ungleichheiten und weniger Teil der Lösung. Das zeigt sich am Prinzip „gleicher Lohn für gleiche und gleichwertige Arbeit“, das zu keiner Angleichung der Frauenlöhne an die Männerlöhne geführt hat. Zum einen gilt der Gleichheitsgrundsatz nur innerhalb eines Betriebes, wo – trotz verpflichtender Einkommensberichte für Betriebe mit 150 und mehr Beschäftigten – nach wie vor keine Lohntransparenz gegeben ist. Zum anderen zeigen neue empirische Befunde, dass wir ein grundsätzliches Bewertungsproblem innerhalb der Erwerbsarbeit haben.

### Frauen erwerbsarbeit ist systematisch geringer bewertet

Eine Studie für Deutschland quantifizierte die Wertigkeit beruflicher Tätigkeiten für unselbständig Beschäftigte (Klammer et al. 2022). Die Anforderungen und Belastungen von Beschäftigten in 87 Berufsgruppen wurden im ersten Schritt entlang der Dimensionen Wissen/Können, psychosoziale Anforderungen, Verantwortung und physische Anforderungen erfasst. Die Verknüpfung mit Einkommensdaten im zweiten Schritt und die angestellten Paarvergleiche zeigen, dass die Stundenverdienste trotz identer Anforderungs- und Belastungsprofile dort geringer sind, wo der Frauenanteil hoch ist: Identische berufliche Anforderungen und Belastungen sind bei Frauen signifikant geringer entlohnt als bei Männern. Die Studie belegt, dass der Gender-Pay-Gap in der Höhe von 18,72 % in Deutschland zur Hälfte durch die geringere Bewertung der Erwerbsarbeit von Frauen verursacht wird. Diese Ergebnisse sind dem Prinzip nach auch für Österreich gültig, da auch hierzulande die Hälfte des Gender-Pay-Gaps nicht durch Unterschiede bei den persönlichen Merkmalen (Ausbildung, Arbeitserfahrung etc.) von Frauen und Männern erklärbar ist. Obwohl Lohnarbeit nur ein kleiner Teil der gesellschaftlich notwendigen Arbeit ist, definieren der berufliche Status und das Erwerbseinkommen den sozialen Status, die Entscheidungsmöglichkeiten und -befugnisse und hierarchisieren und bestimmen die gesellschaftliche Positionierung der Menschen. Lohnarbeit definiert unser Wertesystem und entwertet damit jene Tätigkeiten, die nicht über den Erwerbsarbeitsmarkt organisiert sind.

### Über-Forderungen

Das herrschende Wirtschaftssystem baut also auf den strukturellen Ungleichheiten der Geschlech-

ter und der unbezahlten Sorgearbeit der Frauen auf und verstärkt die Ungleichheiten weiter: Die Wirtschaft wächst, da sie auf unbezahlte Sorgearbeit setzt, die Erwerbsarbeit zunehmend destandardisiert und entgrenzt (Homeoffice, Ein-Personen-Unternehmen etc.) und die Erwerbstätigen besonders im Bereich der persönlichen Dienstleistungen überlastet (Gesundheits- und Sozialwesen) – und das alles bei stagnierenden oder sinkenden Realeinkommen. Weiters hat die vor- bzw. rückverlagerte Sorgearbeit in die privaten Haushalte (Stichwort pflegebedürftige Angehörige) eine geschlechtsspezifische Überforderung bei den Sorgearbeitenden zur Folge, während das Wirtschaftssystem als solches eine Überforderung des gesamten Ressourcenverbrauchs erlebt. Das zerstört Natur, Umwelt und Lebensgrundlagen und verstärkt globale Ungleichheiten. Das herrschende Ökonomieverständnis blendet diese Bereiche weitgehend aus – mit weitreichenden sozialen, ökologischen und politischen Folgen.

Eine genderechtere Wirtschaft braucht eine grundsätzliche Neubewertung. Sie braucht Arbeit, die sich an den Prinzipien gesellschaftlicher Relevanz und ökologischer Nachhaltigkeit, und nicht am Prinzip kurzfristiger Profitmaximierung orientiert. Die Organisationsformen der Sorgearbeit müssen als kollektives Projekt gestaltet werden – mit Pflichten und Rechten für alle Individuen und Gruppen der Gesellschaft. Insbesondere die finanzielle Aufwertung von Sorgearbeiten stellt einen weiteren Schritt in diese Richtung dar. Der öffentlichen Hand als Arbeitgeberin kommt da-

bei eine zentrale Funktion zu, nachhaltige Veränderungen voranzutreiben. Gendergerechtigkeit bedeutet Umverteilung von ökonomischer und politischer Macht – mit dem Ziel, dass alle die gleichen Möglichkeiten haben, ihr Leben zu gestalten.

#### WEITERE INFORMATIONEN UND LITERATUR

- Madörin, M. (2007). Neoliberalismus und die Reorganisation der Care-Ökonomie. Eine Forschungsskizze. Denknetz Jahrbuch 2007. Zürich.
- Schilliger, S. (2009). Who Cares? Care-Arbeit im neoliberalen Geschlechterregime. WIDERSPRUCH, 56, 93–106.
- Böheim, R., Fink, M. & Zulehner, C. (2022). Arbeitsangebot in der COVID-19-Krise und Lohnunterschiede zwischen Frauen und Männern in Österreich. WIFO Research Briefs, 5.

#### CHRISTINE MAYRHUBER

ist Ökonomin in Wien mit den Forschungsschwerpunkten Ungleichheit, soziale Sicherheit, Einkommensentwicklung und Verteilung.



© Christine Mayrhuber

THESE:

## „Die Arbeit von Frauen ist oft unterbezahlt, unbezahlt und unbemerkt, weil das System vermeintlich davon profitiert – doch es irrt!“

KORINNA SCHUMANN

Welche Arbeit gesellschaftlich notwendig und wertvoll ist, definiert jeder Mensch vermutlich unterschiedlich. Bei einigen Berufen ist man sich aber sicher einig: Gesundheitliche Versorgung, die Pflege von Kranken und Alten und die Betreuung und Ausbildung unserer Kinder – all das ist uns wichtig. Große Teile dieser gesellschaftlich wertvollen Arbeit werden aktuell schlecht entlohnt, erhalten keine angemessene Anerkennung und werden oft individualisiert. Kurzfristig scheint es für einige eine gute Lösung zu sein, die Pflege der Großeltern oder die Erziehung und Förderung der Kinder einzelnen Familienmitgliedern – fast immer sind das Frauen – zu übertragen. Betrachtet man aber das große Ganze, so wird klar, warum es eine gesamtgesellschaftliche Lösung braucht.

Am deutlichsten wird das in der Kinderbetreuung: In Österreich geht nicht einmal jeder zehnte Vater in Karenz. Nur 3 % machen das länger als 3 Monate. Auch nach der Karenz fällt hierzulande die Kinderbetreuung und Kindererziehung in

den Aufgabenbereich der Frauen. Das zeigt sich an den Teilzeitquoten: Rund 7 von 10 Frauen mit Kindern unter 15 Jahren arbeiten Teilzeit. Bei den Vätern ist es nur rund jeder vierzehnte. Frauen arbeiten aber deshalb nicht weniger: Sie leisten im Schnitt 3 Stunden und 42 Minuten Hausarbeit pro Tag, Männer hingegen nur 1 Stunde und 58 Minuten. Rechnet man alles zusammen, so arbeiten Frauen nicht weniger, sondern leisten schlicht weniger bezahlte Arbeit.

#### Verschenkte Chancen

In Österreich gibt es viele gut ausgebildete Frauen in allen Bereichen, die mehr arbeiten wollen, es aber aufgrund der Rahmenbedingungen nicht können. 60.000 Frauen in Teilzeit möchten gerne mehr Stunden arbeiten, können das aufgrund von Betreuungspflichten aber nicht. Der mangelhafte Ausbau von Kinderbildungseinrichtungen verhindert, dass diese Frauen ihrem Bedürfnis nach mehr Erwerbsarbeit, finanzieller Unabhängigkeit,



*Wir schulden es den Frauen, mit aller Kraft für gleichen Lohn und gleiche Chancen zu kämpfen.*

Anerkennung und dauerhafter sozialer Absicherung nachkommen können.

In Zeiten von Arbeits- und Fachkräftemangel umwirbt die Wirtschaft gut qualifizierte Arbeitskräfte. Frauen wird vermehrt angeboten, ihre Stundenzahl zu erhöhen. Daneben braucht es jedoch auch Rahmenbedingungen, die es ermöglichen, dass Frauen am Arbeitsmarkt im gewünschten Stundenausmaß tätig sein können. Wichtig ist auch, dass diese Veränderungen nicht kurzfristig für die Dauer einer Krise sind und schnell wieder in Vergessenheit geraten, sobald sich die Situation am Arbeitsmarkt wieder verändert.

Und auch in den Führungsetagen der Unternehmen finden sich immer noch viel zu wenige Frauen. Das ist verschenktes Potenzial, denn auch wirtschaftlich gesehen ist eine diverse Unternehmensführung nicht nur in Krisenzeiten, sondern zu jeder Zeit sinnvoller. Wir brauchen daher dauerhafte Rahmenbedingungen, die nur auf Regierungsebene geschaffen werden können.

### Das muss sich ändern

Essenziell ist der Rechtsanspruch auf einen Platz in einer Kinderbetreuungseinrichtung ab dem 1. Geburtstag des Kindes. Dieser Platz muss hochwertig, ganztätig sowie ganzjährig verfügbar und leistbar sein. Das nützt nicht nur den Müttern, sondern dient der Förderung der Kinder.

Des Weiteren haben der Österreichische Gewerkschaftsbund (ÖGB) und die Arbeiterkammer (AK) ein Modell der Familienarbeitszeit entwickelt, um eine gleiche Aufteilung von bezahlter und unbezahlter Arbeit zu fördern. Wenn beide Elternteile nach der Karenz ihre Arbeitszeit auf 28 bis 32 Wochenstunden reduzieren bzw. erhöhen, erhält jeder Elternteil pro Monat 250 Euro steuerfrei. Das Geld kann bis zum 4. Geburtstag des Kindes bezogen werden. Unterm Strich bedeutet das mehr Zeit für die Väter mit den Kindern und mehr Geld für die Mütter. Ziel ist es, dass beide Elternteile ungefähr gleich viel Zeit für die Kinderbetreuung und für die Erwerbsarbeit zur Verfügung haben.

Viele Menschen wollen weniger arbeiten und mehr Zeit für Freund:innen und Familie haben. Statt einer Ausweitung der Arbeitszeit braucht es eine generelle Arbeitszeitverkürzung. Das wäre ein zentraler Hebel bei der gerechten Aufteilung von unbezahlter Arbeit zwischen Männern und Frauen.

Zudem müssen wir uns fragen, was uns gesellschaftlich wichtige Arbeit wert ist. Wir brauchen Rahmenbedingungen, die für gute Arbeitsbedingungen und mehr Personal in frauendominierten Branchen wie der Pflege, dem Bildungsbereich und dem Handel sorgen. Die Diskussion über den Wert der Arbeit muss gerade jetzt – in Anbetracht des Fachkräftebedarfs – geführt werden.

Der Arbeitsmarkt muss weiblicher werden. Wir schulden es den Frauen, mit aller Kraft für gleichen Lohn und gleiche Chancen zu kämpfen. Wir brauchen Frauenquoten, um Vorbilder für die nächsten Generationen zu schaffen und Frauen in die Positionen zu bekommen, in denen sie Veränderungen anstoßen können. Wir brauchen echte Einkommenstransparenz in den Unternehmen, Kinderbetreuung, Kinderbildung, Pflegeangebote und moderne Arbeitszeitstandards. All das, damit es nicht mehr der einfachere Weg ist, die unbezahlte Arbeit auf Frauen abzuwälzen.

### WEITERE INFORMATIONEN UND LITERATUR

- Österreichischer Gewerkschaftsbund (2022). Familienarbeitszeit - ein Modell zur gerechteren Verteilung von Arbeit.

### KORINNA SCHUMANN

ist ÖGB-Vizepräsidentin und ÖGB-Bundesfrauenvorsitzende. Zudem ist die gebürtige Wienerin Vorsitzende der Bundesratsfraktion der SPÖ im Parlament und ehemalige Bundesratspräsidentin.



THESE:

**„Die Wut hält sich deshalb in Grenzen, weil das Sorgen so oft als persönliche Verantwortung empfunden wird. Diese Individualisierung sollte abgebaut werden. Care-Arbeit muss als kollektive Aufgabe verstanden und solidarisch und öffentlich organisiert werden.“**

EMMA DOWLING

Ohne Care-Arbeit würden wir nicht leben, geschweige denn wirtschaftlich produktiv sein können. Die vielen unbezahlten Sorgetätigkeiten sind die Bedingung dafür, dass Menschen überhaupt die Kapazität und Fähigkeit haben, Kompetenzen auszubilden und einer Erwerbsarbeit nachzugehen. Wenn Sorgetätigkeiten allerdings nur als Ermöglichungsbedingung für Produktivität gesehen werden, anstatt als zentraler Teil unserer Wirtschaft, dann werden sie immer abgewertet und unsichtbar bleiben.

Ob bezahlte Pflege- und Betreuungskräfte oder unbezahlte Mütter, Töchter oder Partnerinnen – das Sorgen ist in unserer Gesellschaft immer noch weiblich konnotiert. Als Gesellschaft verlassen wir uns darauf, dass sich schon jene finden werden, die die Sorgearbeit machen. Um Zeit für die unbezahlte Care-Arbeit zu haben, gehen Frauen einer Lohnarbeit oftmals nur in Teilzeit nach. Im Rahmen des gegenwärtigen Sozialversicherungssystems kann eine längere Teilzeitbeschäftigung ein höheres Altersarmutsrisiko bedeuten.

Tatsächlich sind alleinstehende Pensionistinnen besonders von Armut betroffen, aber auch alleinstehende Mütter (die überwiegende Mehrzahl alleinstehender Elternteile) stehen häufig vor finanziellen Herausforderungen.

#### Die Care-Krise spitzt sich weiter zu

Im Moment erleben wir eine sich zuspitzende Care-Krise: Viele haben keinen Zugang zu Sorgeleistungen, während Care-Arbeiter:innen unter widrigsten Umständen ihre Arbeit verrichten müssen. Gesellschaftlich ausgenutzt werden dabei sowohl die emotionalen Bindungen, die vielfach zur Care-Arbeit dazugehören, als auch das Verantwortungsgefühl, das Sorgende für das Wohlergehen derer haben, für die sie sorgen. In Krisenzeiten verschärft sich diese Problematik. Denn was passiert mit denen, die auf die Sorgeleistungen anderer angewiesen sind, wenn nicht mehr für sie gesorgt wird? Gerade in familiären und intimen Beziehungen kann die Verantwortung nicht einfach abgegeben werden.

Sorgebedürftigkeit oder auch die Verantwortung für umfangreiche Sorgeaufgaben werden viel zu häufig als individuelles Schicksal behandelt. Der Appell an die Eigenverantwortung hat sich durch die neoliberale Individualisierung verschärft. Besonders deutlich wurde dieser Umstand in der Corona-Pandemie, wo Haushalte individuell ihre eigenen Care-Lösungen finden mussten. Überwiegend waren es Frauen, die die Hauptverantwortung für Hausarbeit, Kinder, Homeschooling und Angehörigenbetreuung übernahmen. Dabei stellten sie ihre eigenen Bedürfnisse zurück, um den vielen Anforderungen an ihre Zeit gerecht zu werden.



*Keine Gesellschaft kann sich auf lange Sicht reproduzieren, wenn sie systematisch ihre Care-Ressourcen überbeansprucht und abnutzt.*

#### Verzahnte Logiken der Privatisierung

Die Privatisierung von Sorgetätigkeiten hat mehrere Spielarten: Einerseits gibt es eine zunehmende Individualisierung von Verantwortung, andererseits wird die individualisierte Verantwortung immer mehr an eine Marktlogik gekoppelt. Ersichtlich wird das, wenn wohlhabendere Haushalte personen- und haushaltsnahe Dienstleistungen einkaufen, während Haushalte mit weniger Einkommen die Tätigkeiten selbst verrichten müssen. Hinzu kommt, dass die eingekauften Pflege- und Betreuungsdienstleistungen prekär und niedrig bezahlt sind. Beispiele sind das wachsende Ausmaß, in dem Care-Dienstleistungen über digitale Plattformen vermittelt werden, aber auch Live-in-Care, die mehrheitlich von migrantischen Arbeitskräften unter unzumutbaren Bedingungen und bei niedriger Bezahlung verrichtet wird. Zudem steigt in vielen Ländern die Zahl der privaten Pflegeheime. Insolvenzen und problematische Zustände haben dort wiederholt für Schlagzeilen gesorgt. Es zeigt sich, dass sich der Bereich der Pflege nicht eignet, um hohe Gewinne zu erwirtschaften.

**Solidarisch sorgen!**

Keine Gesellschaft kann sich auf lange Sicht reproduzieren, wenn sie systematisch ihre Care-Ressourcen überbeansprucht und abnutzt. Um das zu verhindern, braucht es Solidarität statt Individualismus. Neben dem Ausbau öffentlicher Infrastrukturen müssen wir uns gegen die Versuche absichern, Profite aus Care-Arbeit zu schlagen. So braucht es zum Beispiel flächendeckende Gemeinnützigkeitsprinzipien für Pflegeeinrichtungen oder auch die Sicherstellung von angemessenen Lohn- und Arbeitsstandards im häuslichen Bereich. Aber es geht auch darum, andere, neue Sorgebeziehungen zu schaffen und zu stärken. Menschen brauchen freie Zeit und Anstöße, um sich auch jenseits professioneller Angebote und jenseits der Kernfamilie um sorgebedürftige Menschen in ihrem Umfeld zu kümmern. Insgesamt geht es um Umverteilung, und zwar in zwei Richtungen: Umverteilung finanzieller Mittel von oben nach unten und Umverteilung der Sorgearbeit von unten nach oben. Denn: Sorgt jeder für sich selbst, dann bleiben die Ressourcen bei denen, die sowieso schon genug haben. Die Sorgearbeit bleibt dann an denen hängen, die sowieso schon genug leisten. Deshalb muss kollektiv für alle gesorgt werden.

**WEITERE INFORMATIONEN  
UND LITERATUR**

- Dowling, E. (2022). Raus aus der Care-Krise. Was jetzt zu tun ist. A & W Blog. <https://awblog.at/raus-aus-der-care-krise/>
- Winker, G. (2015). Care Revolution. Schritte in eine solidarische Gesellschaft. transcript Verlag.
- Fair sorgen! Wirtschaften für das Leben. <https://fairsorgen.at/>.

**EMMA DOWLING**

ist Soziologin an der Universität Wien. Sie ist Autorin des Buches *The Care Crisis - What Caused It and How Can We End It?* (2021).



© Emma Dowling

**THESE:****„Sorge- und Reproduktionsarbeit ist weiblich.****„Halbe-halbe“****muss endlich zur Realität werden.“****EVA-MARIA HOLZLEITNER**

„Halbe-halbe“ steht für die Aufteilung von unbezahlter Haushaltsarbeit und bezahlter Erwerbsarbeit zwischen Männern und Frauen – ganz im Sinne der von der damaligen Frauenministerin Helga Konrad in den Neunzigern gestarteten Kampagne „Ganze Männer machen halbe-halbe“. Konrad wollte damals die gerechte Aufteilung der Hausarbeit gesetzlich verankern und damit einen großen Schritt in Richtung Gleichberechtigung machen. Heute, drei Jahrzehnte später, sind wir von wahrer Gleichberechtigung noch weit entfernt.

**Zeitverwendungsstudie – What's that?**

Die „Harmonisierte Europäische Zeitverwendungserhebungen (HETUS)“, kurz Zeitverwendungsstudie, ist eine breit durchgeführte Erhebung, wofür und in welchem Ausmaß Personen in einem Land Zeit aufwenden. Bezahlte Arbeit wird darin genauso erfasst wie Hausarbeit, Frei-

zeit oder soziale Betreuung. Österreich hat sich an der letzten Zeitverwendungsstudie beteiligt – diese wurde von Ende März 2008 bis April 2009 von der Statistik Austria im Auftrag der Bundesministerin für Frauen und öffentlichen Dienst durchgeführt. Rund 8.200 Personen ab zehn Jahren beteiligten sich und führten jeweils einen Tag lang analog Tagebuch. 2021 wurde die Durchführung einer neuen Studie beschlossen, womit Österreich sich an der aktuellen HETUS beteiligt.

Die Zeitverwendungsstudienresultate aus 2008 zeigen für Österreich nach wie vor eine Verankerung von traditionellen Familienbildern in der Gesellschaft und einen großen Aufwand an unbezahlter Arbeit. Knapp mehr als die Hälfte der Arbeit wird unbezahlt verrichtet. 9,7 Milliarden Stunden werden jährlich für Care-Arbeit und Haushalt aufgewandt. Nach wie vor erledigen zwei Drittel davon Frauen.



*Gesetzgeber:innen  
müssen Regelungen im  
Sinne der Frauen anpassen  
und institutionelle Angebote  
ausbauen.*

#### Kinderbetreuung als Faktor

Für Frauen besteht ein besonderer zeitlicher Aufwand, wenn sie Kinder haben. Kinderbetreuung ist überwiegend in Frauenhand – vor allem, wenn es um wesentliche Grundbedürfnisse geht: Die Körperpflege von Kindern erledigen 16,4 % aller Frauen und 8,2 % aller Männer (gerechnet am Gesamtanteil der Bevölkerung). Beaufsichtigen, Lernen oder Begleiten wird auch vorwiegend von Frauen ausgeübt. Bei „lustigen“ Aktivitäten dreht sich plötzlich das Verhältnis: 14 % aller Männer und 11 % aller Frauen spielen an Wochenenden mit den Kindern. Zudem haben Männer durchschnittlich eine halbe Stunde mehr Freizeit pro Tag.

Alleinerzieher:innen sind mit besonderen Belastungen konfrontiert: Sie müssen mehr Zeit in Erwerbsarbeit investieren, um Lebenshaltungskosten decken zu können. Care-Arbeit und Haushalt bleiben ebenso an ihnen alleine hängen. Das kostet vor allem Freizeit – die kommt bei Alleinerzieher:innen meist zu kurz.

Die Statistik Austria stellt zudem fest, dass das österreichische Familienbild noch immer sehr konservativ ist. Unabhängig davon, ob erwerbstä-

tig oder nicht, beteiligen sich Männer wesentlich kürzer an Care-Arbeit und Haushalt. Das Rollenbild in Österreich „bleibt klassisch“.

#### Halbe-halbe braucht gesetzliche Regelungen

Die Ausgestaltung des Wohlfahrtsstaates hat massiven Einfluss auf gesellschaftliche Normen und gleiche Beteiligung an bezahlter und unbezahlter Arbeit. Das Vorhandensein staatlicher Unterstützung durch gesetzliche Regelungen ist ein relevanter Faktor für den (Wieder-)Einstieg ins Berufsleben von Frauen. Es wirkt sich stark auf die Vereinbarkeit von bezahlter und unbezahlter Arbeit aus. Wenn Institutionen wie kostenlose Krabbelstuben- oder Kinderbildungsplätze fehlen oder kein politischer Fokus auf das Aufbrechen von Stereotypen und Gleichberechtigung gelegt wird, werden traditionelle Rollenbilder stärker reproduziert.

Zu diesem Schluss kommt auch die Wissenschaftlerin Daniela Grunow: Die Geburt eines Kindes ist oftmals ein Wendepunkt für Frauen in Bezug auf die Zeit, die sie für bezahlte und unbezahlte Arbeit aufwenden. Lange Karenzzeiten wirken sich negativ auf den Wiedereinstieg von Frauen in das Berufsleben aus. Folglich kommt ihnen eine noch größere Rolle in der Haushalts- und Care-Arbeit zu. In Ländern mit generös kompensierten, aber kurzen Elternzeiten und umfangreichen, qualitätsvollen, kostenlosen/-günstigen Kinderbildungseinrichtungen ist die Geburt eines Kindes weniger folgenreich für Frauen: Das Lohngefälle zwischen den Geschlechtern ist schwächer und die Übernahme von unbezahlten Tätigkeiten zu Hause ausgewogener als bei langen Unterbrechungen und wenig Unterstützung.

#### WEITERE INFORMATIONEN UND LITERATUR

- Statistik Austria (2009). Zeitverwendung 2008/2009. Ein Überblick über geschlechtsspezifische Unterschiede.
- ORF Ö1 (2017). Halbe-halbe. Utopie Geschlechterdemokratie? Online: <https://oe1.orf.at/artikel/211666/Halbe-halbe>.
- Grunow, D. (2016). Aufteilung von Erwerbs-, Haus- und Familienarbeit in Partnerschaften im Beziehungsverlauf: der Einfluss von Sozialpolitik in Europa. Lück, D. & Cornelißen, W. (Hrsg.). Geschlechterunterschiede und Geschlechterunterscheidungen in Europa. De Gruyter. 231-258.
- Ylikännö, M., Pääkkönen, H. & Hakovirta, M. (2015). Time use of Finnish fathers – do institutions matter? Eydal G. B. & Rostgaard T. (Hrsg.). Fatherhood in the Nordic welfare states: Comparing care policies and practice. Bristol University Press. 103–120.

Sobald die Zuständigkeit bei der Familie gesehen wird, werden traditionelle Geschlechterrollen gefördert. Das Private muss also politisch sein! Gesetzgeber:innen müssen Regelungen im Sinne der Frauen anpassen und institutionelle Angebote ausbauen. Dazu zählen unter anderem kostenlose, ganztägige, ganzjährige Kinderbildungsplätze ab dem 1. Lebensjahr des Kindes. Um traditionelle Rollenbilder aufzubrechen, muss der Zugang zu Kinderbildungseinrichtungen mit einem Rechtsanspruch verankert werden. Karenzregeln sollten aus einer feministischen Perspektive eine gesetzlich verpflichtende Aufteilung zwischen Partner:innen beinhalten, um eine echte Ausgewogenheit in der Zeitverwendung voranzutreiben. Nur so kann „halbe-halbe“ wirklich erreicht werden.

#### EVA-MARIA HOLZLEITNER

ist seit Juni 2021 Bundesfrauenvorsitzende der SPÖ. Als Abgeordnete zum Nationalrat ist sie Vorsitzende des Gleichbehandlungsausschusses.



THESE:

## „Arbeitskräfteknappheit ist eine einzigartige Gelegenheit für höhere Einkommen der arbeitenden Menschen sowie für den Anstieg von **Produktivität und Wohlstand**. Wir brauchen den politischen Willen, diese Chance zu nutzen.“

MARKUS MARTERBAUER

2022 standen den durchschnittlich 260.000 registrierten Arbeitslosen 125.000 offene Stellen gegenüber. Damit kamen 2,1 Beschäftigte auf eine offene Stelle. Niedriger lag der Stellenandrang in den 1970er Jahren, in denen im Durchschnitt etwa ein:e Arbeitslose:r auf eine offene Stelle kam. In der „Ära Kreisky“ nannte man diesen Zustand Vollbeschäftigung, er war das wichtigste Ziel der Wirtschaftspolitik. Heute wird er Arbeitskräfteknappheit genannt und gilt als großes Problem.

Überall fehlt es an Personal: in Industriebetrieben wie Pflegeeinrichtungen in Oberösterreich, in Hotels wie Schulen in Tirol, in IT-Unterneh-

men wie Verkehrsbetrieben in Wien. Im Jahr 2022 gab es laut Arbeitsmarktservice durchschnittlich so viele offene Stellen wie schon lange nicht mehr. Ob alle diese offenen Stellen es auch wert sind, besetzt zu werden, muss allerdings bezweifelt werden. Laut Statistik Austria weisen mehr als ein Achtel der offenen Vollzeitstellen ein Gehalt von unter 1.700 € brutto pro Monat auf. Auf nur zwei Fünftel der Vollzeitstellen verdient man mehr als 2.400 €. Allzu oft klagen gerade jene Betriebe über Arbeitskräftemangel, die sich bislang auf den steten Zustrom an billigen Arbeitskräften aus Osteuropa verlassen und nichts taten, um als Arbeitgeberin attraktiv zu sein. Das gilt für viele Unternehmen in der Gastronomie und im Bereich

der persönlichen Dienste. Und auch in der Personenbetreuung, am Bau und in den Zustelldiensten häufen sich Berichte über Lohnraub, Ausbeutung und Scheinselbständigkeit.

Doch Arbeitskräfteknappheit muss als Chance erkannt werden - vor allem für jene, die es nicht so leicht haben, einen Arbeitsplatz mit ausreichendem Einkommen, guten Arbeitsbedingungen und sozialer Absicherung zu finden. Von guter Arbeit kann für viele Hunderttausend heute keine Rede sein. Das Potenzial an Arbeitskräften für gute Jobs ist deshalb riesig.

### Viele Menschen brauchen und suchen bessere Arbeitsplätze

Würde es gelingen, die Arbeitslosenquote von 6,3 % 2022 auf das Niveau von 1982 in Höhe von 3,7 % zu senken, so entspräche das mehr als 150.000 neuen Beschäftigungsverhältnissen. Dafür sind bessere Vermittlung, Qualifizierung und soziale Absicherung der Arbeitslosen ebenso notwendig wie mehr Personal und höheres Budget für das AMS.

Viele Frauen suchen einen Arbeitsplatz oder wollen unfreiwillige Teilzeit aufstocken. Die Voraussetzungen sind bekannt: bessere Aufteilung unbezahlter Care-Arbeit zwischen Männern und Frauen, Verringerung des Gender-Pay-Gap, bessere quantitative und qualitative Versorgung mit Kindergärten, Ganztagschulen und Pflegediensten. Hätte Österreich die Beschäftigungsquote von Frauen in den Niederlanden (76,6 %) und die Stundenzahl der Teilzeitbeschäftigten in Belgien (25 pro Woche), so entspräche das mehr als 300.000 Vollzeitjobs.



*Von guter Arbeit kann für viele Hunderttausend heute keine Rede sein.*

Und auch bei der älteren Erwerbsbevölkerung gibt es viel Potenzial: Während die Beschäftigungsquote der 55-59-Jährigen in den letzten beiden Jahrzehnten von 53 % auf 76 % gesteigert werden konnte, hat sich jene der 60-64-Jährigen zwar auch kräftig von 13 % auf 29 % erhöht, bleibt aber deutlich niedriger als jene skandinavischer Länder. Eine weitere Anhebung brächte viel mehr Menschen in Beschäftigung und Einkommen: Gelänge es langfristig auch für die Älteren, die Beschäftigungsquote des Haupterwerbsalters von 84 % zu erreichen, so bedeutete das nahezu 350.000 zusätzliche Arbeitskräfte. Dafür braucht es bessere Gesundheitsvorsorge, altersgerechte Arbeitsplätze und Arbeitszeiten und gesetzlichen Anspruch auf mehr Urlaub und Auszeiten während des Erwerbslebens, besonders in Schwerarbeitsberufen.

Der Nachholbedarf ist nicht nur in der Integration älterer Bevölkerungsgruppen groß: Viele werden nicht ihren Fähigkeiten und Bedürfnissen gemäß eingesetzt. Das gilt für gesundheitlich Beeinträchtigte genauso wie für Langzeitbeschäftigungslose und Migrant:innen. Um den unterschiedlichen Voraussetzungen entgegenzukommen, braucht es klug durchdachte Integrationsmaßnahmen.

Wenn wirtschaftlich erfolgreiche Unternehmen dringend (Fach-)Arbeitskräfte suchen, dann bilden Beschäftigte in Unternehmen mit niedrigen Einkommen und schlechten Arbeitsbedingungen ein wichtiges Potenzial. Etwa 650.000 Vollzeitbeschäftigte verdienen weniger als 2.000 € brutto pro Monat (14-mal im Jahr). Aktive Arbeitsmarkt- und Beschäftigungspolitik muss nicht nur Arbeitslose, sondern auch Beschäftigte auf gute Arbeitsplätze mit hoher Produktivität und hohem Einkommen vermitteln – zwischen den Unternehmen und über die Branchen hinweg. Ein wichtiges Instrument dafür wäre ein Recht auf Ausbildungsförderung, das auch während laufender Beschäftigung in Anspruch genommen werden kann.

Gleichzeitig muss Scheinselbstständigkeit endlich der Vergangenheit angehören. Von den 300.000 Ein-Personen-Unternehmen, darunter besonders den mehr als 60.000 24-Stunden-Betreuer:innen, ist ein erheblicher Teil scheinselbstständig. Sie bilden ein großes Potenzial für gut bezahlte und sichere Beschäftigungsverhältnisse in vielen Branchen, vor allem in der Pflege.

#### Arbeitskräfteknappheit ist eine Chance für gute Arbeit

Die demografisch bedingte Arbeitskräfteknappheit wird lange Zeit anhalten. Sie bietet eine her-

#### WEITERE INFORMATIONEN UND LITERATUR

- Marterbauer, M. & Schürz, M. (2022). *Angst und Angstmacherei. Für eine Wirtschaftspolitik, die Hoffnung macht.* Zsolnay.

vorragende Chance für Menschen, die bislang keine Beschäftigung haben oder unter einem schlechten Beschäftigungsverhältnis leiden, ihre Arbeits- und Lebenssituation zu verbessern. Dabei geht es um ein Potenzial von weit mehr als einer Million Menschen. Die Unternehmen stehen im Wettbewerb um das vorhandene Arbeitskräftepotenzial und müssen Arbeitszeiten, Arbeitsumfeld und Entlohnung anpassen. In der Marktwirtschaft setzen sich die besseren Unternehmen durch. Das verspricht auch für die Gesamtwirtschaft einen erfreulichen Strukturwandel mit höherer Produktivität, höheren Einkommen, besseren Arbeitsbedingungen und höherem Wohlstand.

#### MARKUS MARTERBAUER

ist Chefökonom der Arbeiterkammer Wien und Universitätslektor. Im Herbst 2022 erschien sein gemeinsam mit Martin Schürz verfasstes Buch „Angst und Angstmacherei. Für eine Wirtschaftspolitik, die Hoffnung macht“ bei Zsolnay.



© Lukas Beck

THESE:

**„Scheinselbstständigkeit prägt die 24-Stunden-Pflege wie kaum eine andere Branche. Die gesetzliche Vermutung eines Arbeitsverhältnisses kann die betroffenen, zumeist migrantischen Frauen faktisch in den Schutzbereich des Arbeitsrechts holen.“**

SASCHA OBRECHT

In Österreich arbeiten Studien zufolge etwa 70.000 aktive 24-Stunden-Betreuerkräfte. Obwohl damit eine gesellschaftlich höchst wertvolle Arbeit verrichtet wird, ist die Situation dieser Betreuerkräfte geradezu durch prekäre Arbeitsbedingungen definiert: Scheinselbstständigkeit, entgrenzte Arbeitszeiten, geringe Entlohnung und fragwürdige Vertragskonstruktionen gehören zur Normalität vieler Pflegekräfte.

Die Ursache ist schnell erklärt: Aufgrund des zu geringen staatlichen Angebots an Pflegedienstleistungen wenden sich pflegebedürftige Menschen in der Regel an private Agenturen. Diese wiederum werben vor allem Frauen aus dem Ausland an, um sie zu vermitteln. Die Pflegekräfte kommen in der Hoffnung auf eine feste Anstellung und einen



*Scheinselbstständigkeit, entgrenzte Arbeitszeiten, geringe Entlohnung und fragwürdige Vertragskonstruktionen gehören zur Normalität vieler Pflegekräfte.*

Weg aus ihrer wirtschaftlich schwierigen Situation nach Österreich, nur um oftmals feststellen zu müssen, dass sie hier formal in die Selbst-

digkeit gedrängt werden. Diese Praxis wurde vor allem durch die Einführung des Hausbetreuungsgesetzes im Jahr 2007 begünstigt.

Eine solche Einstufung hat jedoch weitreichende Folgen, da Selbständige prinzipiell dem Schutz des Arbeitsrechts entzogen sind. Insbesondere der kollektivvertragliche Mindestlohn kommt nicht zur Anwendung, weshalb sich die Pflegekräfte ihr Entgelt selbst vereinbaren müssen und aufgrund mangelnder Verhandlungsmacht oftmals zu niedrigster Entlohnung tätig werden.

Hinzu kommt, dass der Haushalt einer fremden Person naturgemäß ein herausfordernder Arbeitsplatz ist, bei dem sich Arbeits- und Freizeit nur allzu schnell vermischen. Ein Umstand, der bereits durch die Bezeichnung „24-Stunden-Pflege“ treffend veranschaulicht wird.

### Scheinselbständigkeit als Normalität

Die Situation wirkt noch prekärer, wenn man sie rechtlich analysiert. Die meisten Pflegekräfte werden nämlich nur zum Schein als Selbständige tätig, in den meisten Fällen liegt vielmehr ein Arbeitsverhältnis vor. Entscheidendes Kriterium ist, ob die Pflegekräfte in „persönlicher Abhängigkeit“ tätig werden. Dabei wird im Rahmen einer Gesamtprüfung untersucht, ob eine Pflicht zur persönlichen Arbeitsleistung vorliegt, inwieweit sie entlang persönlicher Weisungen der Vertragspartner:innen arbeiten, ob sie kontrollunterschieden sind, einer disziplinarischen Verantwortung unterliegen und ob sie sich den Eigenheiten ihres Arbeitsplatzes unterwerfen müssen. Dies muss immer im Einzelfall geprüft werden, doch kann im Bereich der Pflege in einer gewissen Pauschalität davon ausgegangen werden, dass diese Kriterien erfüllt sind. So sind Pflegekräfte in aller Regel an gewisse Arbeitsorte und Einsatzzeiten gebunden

(sie leben mitunter sogar in den Unterkünften der Klient:innen) und einer besonders hohen Dichte persönlicher Weisungen ausgesetzt. In der Theorie könnten sie sich daher auf ihre Arbeitnehmer:innen-Eigenschaft berufen und arbeitsrechtliche Ansprüche durchsetzen. Praktisch tun sich jedoch vor allem zwei große Hürden auf: mangelnde Rechts- und Sprachkenntnisse sowie die Angst, zukünftig nicht mehr engagiert zu werden und somit die eigene Existenzgrundlage zu verlieren.

### Die gesetzliche Vermutung

In einem anderen Bereich hat der österreichische Gesetzgeber sehr früh erkannt, wie man verschleiernde Rechtskonstruktionen entlarvt und die wirtschaftlich schwächeren Vertragspartner:innen von der schwierigen Gesamtprüfung des Sachverhalts befreit. Bereits im Jahr 1988 hat er mit dem Arbeitskräfteüberlassungsgesetz das Instrument der gesetzlichen Vermutung etabliert. Hierbei hat er bestimmte – leichter zu prüfende – Einzelmerkmale normiert, bei deren Vorliegen jedenfalls von Arbeitskräfteüberlassung auszugehen ist und damit bestimmte Schutzstandards einzuhalten sind.

Genau dieses Instrument der gesetzlichen Vermutung hat auch kürzlich wieder für Aufsehen gesorgt. So hat die Europäische Kommission einen Vorschlag für eine Richtlinie zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen in der Plattformwirtschaft vorgestellt. Herzstück ist die Vermutung eines Arbeitsverhältnisses, wenn zwei von fünf leichter zu prüfende Tatbestandsmerkmale erfüllt sind. Damit will man dem eklatanten Problem der Scheinselbständigkeit in der Plattformwirtschaft begegnen. Die Merkmale stellen dabei insbesondere auf den Mangel bestimmter unternehmerischer Freiheiten ab: Können die Scheinselbständigen (i) nicht ihr eigenes Entgelt frei bestimmen (zumeist wird es

von der Plattform vorgegeben), bekommen sie (ii) ein konkretes Verhalten gegenüber den Leistungsempfänger:innen vorgegeben, werden sie (iii) bei der Arbeitsleistung überwacht und die Qualität ihrer Leistung kontrolliert, wird (iv) ihre Freiheit der selbständigen Arbeitsorganisation oder (v) die Möglichkeit zum Aufbau eines eigenen Kundenstamms eingeschränkt, dann spricht das für das Vorliegen eines Arbeitsverhältnisses.

Und was bei der Arbeitskräfteüberlassung und der Plattformwirtschaft ein funktionaler Weg ist, um Scheinkonstruktionen zu enthüllen, kann auch in der Pflegebranche Abhilfe schaffen.

### Ein wirksames Rezept gegen prekäre Beschäftigung

So können die Pflegekräfte mit der gesetzlichen Vermutung eines Arbeitsverhältnisses von der gewöhnlich zu tragenden Beweislast befreit werden. Für die Pflegekräfte wäre damit bereits viel gewonnen: Sie könnten sich auf leicht nachweisbare Merkmale stützen (die beschriebenen Merkmale der Richtlinie scheinen hierfür als Ausgangspunkt überaus tauglich) und würden damit bereits von Anfang an arbeitsrechtliche Schutzstandards für sich geltend machen können. Um einen Interessensausgleich herbeizuführen, könnte den Agenturen in einem zweiten Schritt auch noch die Möglichkeit gegeben werden, diese Vermutung zu widerlegen. Die Last der schwierigen Gesamtprüfung

### WEITERE INFORMATIONEN UND LITERATUR

- Aulenbacher, B., Lutz, H. & Schwiter, K. (Hrsg.) (2021). *Gute Sorge ohne gute Arbeit?* Beltz.
- Schaffhauser-Linzatti, M., Gürtlich, G. H. & Reichmann, A. (2022). *Die Situation der 24-Stunden-Betreuungskräfte in Österreich.* Holzhausen.

fung würde dadurch der wirtschaftlich überlegenen Seite auferlegt, was zweifelsohne eine sachgerechtere Lösung wäre.

Schlussendlich ist der Kampf gegen Scheinselbständigkeit nämlich nicht nur einer für arbeitsrechtlichen Schutz und Anerkennung der tagtäglichen Leistungen von Pflegekräften, sondern auch einer gegen Rechtsmissbrauch. Er sollte daher im Interesse aller liegen, die es mit dem Rechtsstaat und der Einhaltung gesetzlicher Regelungen ernst meinen.

### SASCHA OBRECHT

ist Universitätsassistent am Institut für Arbeits- und Sozialrecht der Universität Wien und Mitglied des Bundesrates. Er veröffentlicht regelmäßig rechtswissenschaftliche Publikationen und ist als Vortragender aktiv.



## TEIL 3

**Klimakrise**

In der Tagespolitik ist es nicht immer einfach, Arbeitsmarkt-, Wirtschafts- und Umweltpolitik miteinander in Einklang zu bringen. Dieser Aufgabe muss sich die Politik allerdings stellen, um diese existenzielle Krise der Menschheit im Sinne der Vielen zu bearbeiten. Wie können die immer wieder auftretenden Widersprüche zwischen Klimaschutz und anderen gesellschaftlichen Interessen aufgelöst werden? Wie sieht eine Klimapolitik aus, die nicht im Gegensatz zu Arbeitsmarktpolitik steht? Was zeichnet eine Klimapolitik aus, die auch soziale Gerechtigkeit und einen gerechten Wandel im Blick hat?

**Wie geht sozialdemokratische Klimapolitik angesichts von Widersprüchen zwischen Klimazielen und Jobs, sozialer Gerechtigkeit, Bevölkerungswille?**



THESE:

„Eine progressive Klimapolitik braucht einen klaren Orientierungspunkt für eine zukünftige Gesellschaft, um Menschen zu verdeutlichen, mit welchem Ziel Veränderung gestaltet wird.“

FELIX BUTZLAFF

Jede Veränderung erfordert Opfer. Auch ein progressiver Wandel zu einer besseren, gerechteren, freieren und nachhaltigeren Gesellschaft wird für viele Menschen zu einem anderen Leben führen, welches gefühlt oder auch tatsächlich mit Einschränkungen verbunden sein kann. Damit Menschen diesen Wandel akzeptieren oder sogar aktiv unterstützen, ist es erforderlich, in einer öffentlichen Diskussion Orientierungspunkte zu setzen. Keine politische Bewegung hat in den letzten anderthalb Jahrhunderten diese Lehre so beherzigt wie die Sozialdemokratie. Und kaum eine politische Bewegung hat in der Vergangenheit solche Fähigkeiten entwickelt, motivierende und mobilisierende Orientierungspunkte zu formulieren, um Menschen für einen Gesellschaftswandel zu begeistern. Diese Erfahrung kann und muss nun für den Entwurf einer progressiven Klimapolitik reaktiviert werden.

#### Sozialdemokratien als Parteien des gesellschaftlichen Wandels

Vom Moment ihrer Gründung an waren organisierte Arbeiter:innen in europäischen Gesellschaften Verfolgung ausgesetzt. Gleichwohl ertrugen Funktionär:innen und Parteimitglieder diese Erfahrungen – von Ausschluss und Marginalisierung bis hin zu Inhaftierungen und Bürgerkrieg –, weil sie von der Idee einer sozialistischen, gerechteren Gesellschaft überzeugt waren. Und die sozialdemokratischen Skizzen und Entwürfe dieser Gesellschaft, wie etwa August Bebels Die Frau und der Sozialismus, wurden zu den meistgedruckten Schriften der frühen Jahrzehnte der Arbeiter:innenbewegung. Die Gewissheit, dass, warum und wie ein besseres, freieres Leben entstehen würde, gehörte fest zur politischen DNA der europäischen Arbeiter:innenbewegung. Sie ließ viele

“

*Die Gewissheit, dass, warum und wie ein besseres, freieres Leben entstehen würde, gehörte fest zur politischen DNA der europäischen Arbeiter:innenbewegung.*

ihrer Mitglieder auch düstere Zeiten und persönliche Verluste ertragen – weil sie wussten, dass sie einem höheren Ziel dienten.

Diese Erfahrungen sollten die heutigen Arbeiter:innenbewegungen für eine aktive, progressive Klimapolitik nutzen. Denn auch hier muss es darum gehen, Menschen für eine neue Form der Gesellschaftsorganisation und wirtschaftlichen Produktionsweise zu gewinnen. Dieser Wandel wird für viele Menschen zu einem Leben, welches mit einem zentralen Motiv sozialdemokratischer Politik brechen muss. Seit der Mitte des vergangenen Jahrhunderts haben sozialdemokratische Parteien soziale Mobilität und Ausgleich moderiert, indem sie materielle Expansion organisiert haben. Arbeiter:innenschichten in unseren Gesellschaften ging es Stück für Stück besser, weil über Konkordanz und organisierte Sozialpartnerschaft eine Beteiligung an Produktivitätswachstum und ökonomischem Erfolg erreicht wurde. Mehr Konsum, Urlaub und Lohnzuwächse befreiten die Arbeiter:innen aus den materiellen Nöten von früher.

Dieses Rezept der Befriedung sozialer Forderungen durch materielle Expansion wird unter den Bedingungen der sich verschärfenden Klimakrise nicht aufrechtzuerhalten sein. Gleichzeitig gibt es noch genügend Menschen – auch in den wohlhabenden europäischen Gesellschaften –, die sozial und ökonomisch benachteiligt und ausgeschlossen sind. Dies wird neue Verteilungskonflikte und neue Unsicherheiten bei denjenigen hervorrufen, die sich gerade von der Sozialdemokratie eine Verbesserung ihrer materiell noch immer drängenden Lebensumstände erhoffen. Die Parteien der Arbeiter:innenbewegung versetzt das in eine Situation, die sowohl schwierig als auch enorm wichtig ist: Nur wenn wir diejenigen Menschen mit in die Diskussion holen, für die eine materielle Verbesserung ihrer Lebensumstände zentral

und dringend ist, werden wir eine demokratische Akzeptanz einer progressiven und wirkungsvollen Klimapolitik erreichen können.

#### Welcher Wandel wen betrifft, bedarf einer öffentlichen Diskussion

Dies bedeutet gerade nicht, denjenigen Menschen Verzicht zu predigen, die auf soziale Gerechtigkeit und einen gerechten Anteil an Löhnen, Konsum und Wohlstand hoffen. Aber es bedeutet eine offene und klare Diskussion über eine zukünftige Gesellschaft – und wie darin Wohlstand und materielle Möglichkeiten verteilt sein sollen. Anders als in der Vergangenheit werden diese Fragen immer weniger durch reine Expansion zu befrieden sein – die Imperative der Klimakrise führen jedenfalls dazu, dass wirtschaftliches Wachstum (und damit höhere Produktivität, Löhne und Kaufkraft) sehr viel vorsichtiger und eingeschränkter zum politischen Ziel werden darf – und wenn überhaupt, dann nur unter der Voraussetzung einer an sehr strikten Emissions- und Nachhaltigkeitszielen orientierten Transformation.

Mehr öffentlicher Verkehr, weniger Flugreisen, kleinere ökologische Fußabdrücke und eine sich stark wandelnde Industrie – all dies ist notwen-

dig. Es verlangt aber, über viele soziale Gruppen hinweg zu diskutieren, wie ein positives, besseres, gerechteres und freieres Leben für alle aussehen kann, ohne dass die heute Privilegierten allen anderen ihre Lebensvorstellungen aufzwingen. Denn nur, wenn Menschen wissen und spüren, dass sie für ein besseres Morgen, für ein gerechteres, freieres Leben ihrer Kinder Entbehrungen ertragen, akzeptieren sie diese. Und nicht, wenn dadurch besser gestellten Gruppen deren Leben ermöglicht wird, während man selbst Hoffnung abschreiben muss.

**Auch Verzicht kann akzeptiert werden – wenn Menschen verstehen, warum und wofür**

Das eigene Auto, die regelmäßige Flugreise in den Urlaub – diese Symbole für individuellen Wohlstand müssen und können durch andere ersetzt werden. Aber dies geschieht nicht automatisch, sondern muss politisch angestrebt und offen debattiert werden. Die Sozialdemokratie ist der gesellschaftliche Ort, an dem diese Diskussion zu führen ist. Doch es ist besondere Vorsicht geboten: Wasser predigen und Wein trinken ist ein Vorwurf, der gerade in den Jahren der Austeritätspolitik seit dem Beginn dieses Jahrtausends zu einem beispiellosen Glaubwürdigkeitsverlust der Parteien der Arbeiter:innenbewegung in Europa geführt hat. Dieses mahnende Beispiel ist besonders im Bereich der Klimapolitik zu vermeiden. Aufgrund ihrer historischen Erfahrung sind die

**WEITERE INFORMATIONEN UND LITERATUR**

- Butzlaff, F. & Pausch, R. (2019). Partei ohne Erzählung: Die Existenzkrise der SPD. Blätter für deutsche und internationale Politik, 8, 81-87.
- Butzlaff, F. (2020). Der Verlust des Gestaltungsanspruchs. Über Parteien als programmatische Avantgarde einer gesellschaftlichen Transformation. Blühdorn, I., Butzlaff, F., Deflorian, M., Hausknost, D. & Mock, M. (Hrsg.). Nachhaltige Nicht-Nachhaltigkeit. Warum die ökologische Transformation der Gesellschaft nicht stattfindet. transcript Verlag, 173-203.

europäischen Sozialdemokratien vielleicht besser als andere in der Lage, eine neue Vorstellung einer gerechteren, nachhaltigeren Gesellschaft auszubuchstabieren. Sie müssen sich dazu von alten Gewissheiten trennen. Im Sinne einer progressiven Klimapolitik ist dies aber zwingend geboten.



© Felix Butzlaff

**FELIX BUTZLAFF**

ist Postdoc Fellow an der Central European University in Wien. Er forscht zur Entwicklung von Demokratie und Partizipation – und wie sich demokratische Institutionen verändern.

**THESE:**

**„Der Diskurs und das Denken haben sich deutlich verändert: Die Sozialdemokratie hat verstanden, dass technische Innovationen allein nicht die Lösung für die Klimakrise sind.“**

**MARKUS VOGL**

In den Achtzigern war die Angst vor dem Waldsterben groß. Der „saure Regen“ bedrohte Böden und Wälder. Heute wachsen in Oberösterreich jedes Jahr 4,7 Millionen Festmeter Holz nach, von denen nur rund 3,9 Millionen genutzt werden. Möglich wurde das durch schadstoffärmere Kraftstoffe, vor allem aber durch eine Katalysatorpflicht für Fahrzeuge und gesetzliche Grenzwerte für Schadstoffausstoß. Die Politik gab die richtige Richtung vor, wodurch großflächiges Waldsterben verhindert werden konnte.

Doch heute braucht es ganz neue Konzepte, um Krisen zu überwinden. Denn aktuell bedrohen ganz andere Gefahren unsere Umwelt. Die Wälder leiden deutlich unter den Auswirkungen der Klimakrise. Die immer stärker steigenden Tempe-

raturen bedrohen Tiere und Menschen und richten erheblichen wirtschaftlichen Schaden an. Um die Klimakrise zu bewältigen, reichen technische Lösungen allein nicht mehr aus. Was es braucht, ist eine nachhaltige Änderung im Verhalten der Menschen. Wir müssen uns die Frage stellen, wie wir in Zukunft mit unseren Ressourcen umgehen und wirtschaften.

**Wo es technische Lösungen als Antwort auf die Klimakrise braucht**

In der Voestalpine in Linz wird gerade mit Hochdruck an der Herstellung von Stahl mithilfe von Wasserstoff geforscht. Bis 2050 soll die komplette Stahlproduktion CO<sub>2</sub>-neutral sein. Dadurch könn-



*Der Staat muss aktive Industriepolitik betreiben und ökologische Entwicklungen fördern.*

ten 5 % der österreichischen CO<sub>2</sub>-Emissionen eingespart werden. Und auch im Verkehr wird eifrig an alternativen Treibstoffen geforscht: Flugzeuge sollen künftig mit grünem Wasserstoff betrieben werden, E-Motoren sind jetzt schon effizienter als herkömmliche Verbrenner. Diese Entwicklungen gehen mit einem erhöhten Stromverbrauch einher. Doch bereits heute wird in Österreich der Großteil des Stroms nachhaltig produziert: Fast zwei Drittel der Produktion kommen aus Wasserkraft, rund ein Achtel aus Windkraft und Photovoltaik. Und das Ökostrom-Potential ist groß: Eine Studie der Technischen Universität Wien zeigt, dass im Jahr 2030 31 TWh grüner Strom zusätzlich produziert werden könnten.

#### **Wir brauchen auch Verhaltensänderungen**

Damit das alles gelingt, braucht es großzügige und rasche Förderungen der öffentlichen Hand. Der Staat muss aktive Industriepolitik betreiben und ökologische Entwicklungen fördern. Das ist gut für das Klima und schafft nachhaltige Arbeitsplätze für die Zukunft. Doch mit Ökostrom, Wasserstoff und Innovation allein ist es nicht getan. Nach wie vor wird der österreichische Energiemix von Erdölprodukten und Erdgas dominiert. Uns bleibt zu wenig Zeit, um alle fossilen Energiequel-

len durch erneuerbare zu ersetzen. Darum brauchen wir eine Änderung im Umgang mit Energie. Eine Wärmepumpe für den beheizbaren Pool, ein Whirlpool im Schrebergarten oder heißlaufende Klimaanlage in riesigen Häusern – für viele sind das Zeichen wachsenden Wohlstands. Doch ein so sorgloser Umgang mit Energie ist nicht nachhaltig und trägt nicht dazu bei, die Klimaziele zu erreichen. Hier muss ein fundamentales Umdenken stattfinden.

#### **Klimaschutz auf lokaler Ebene**

Wir planen in unserer Stadt Steyr ein neues Wasserkraftwerk im Bereich bestehender Wehranlagen. Damit sollte das Projekt eigentlich kein großes Problem sein, weil dort bereits ein Eingriff in das Gewässer besteht. Sieht man sich aber die Gewässerökologie genau an, dann ist selbst ein solches Projekt nicht einfach zu realisieren. Die Natur reagiert sensibel auf Eingriffe von außen. Trotzdem müssen wir es schaffen, die Energieproduktion wieder lokaler zu gestalten – nach dem Motto „lokal produzieren – lokal konsumieren“. Denn nur so werden die Eingriffe in die Natur für die Bevölkerung sichtbar. Die Menschen vor Ort spüren, welche Auswirkungen ihr Handeln auf unsere natürlichen Ressourcen hat. Das gilt auch für viele andere Wirtschaftsbereiche, vor allem auch für die Lebensmittelproduktion. Vergleicht man den Flächenverbrauch von tierischen und pflanzlichen Produkten, wird die Notwendigkeit für eine Verhaltensänderung am besten sichtbar: Ein Kilogramm Rindfleisch braucht zehnmal mehr Fläche als ein Kilogramm Kartoffeln. Findet die Lebensmittelproduktion fernab vom Ort des Konsums statt, werden die Auswirkungen auf die Umwelt nicht wahrgenommen. Werden aber regionale Produkte heimischer Landwirt:innen konsumiert, ändern die Menschen eher ihr Verhalten.

#### **Ein positives Zukunftsbild**

Es warten enorme Herausforderungen auf uns, wenn wir die Klimaziele erreichen wollen. Trotzdem ist es immer wieder notwendig, auch das bereits Erreichte hervorzuheben. Denn dann wird erkennbar, dass auch diese Herausforderung gemeistert werden kann. Auf dem Weg in eine klimaneutrale Zukunft müssen technologischer Fortschritt und Verhaltensänderungen Hand in Hand gehen. Lokale Initiativen fördern die Beteiligung der Bevölkerung, wodurch Veränderungen eher nachvollzogen und mitgetragen werden. Denn nur eine partizipative und solidarische Gesellschaft schafft den Weg aus der Klimakrise.

#### **WEITERE INFORMATIONEN UND LITERATUR**

- TU Wien (Hrsg.) (2017). Stromzukunft Österreich 2030 – Analyse der Erfordernisse und Konsequenzen eines ambitionierten Ausbaus erneuerbarer Energien.
- Österreichs Energie. <https://oesterreichsenergie.at/>.

#### **MARKUS VOGL**

war 20 Jahre Entwicklungsingenieur bei MAN und fungierte als Betriebsratsvorsitzender und Gewerkschaftsfunktionär. Von 2013 bis 2020 gehörte er dem Nationalrat als Abgeordneter (SPÖ) an. Seit Ende 2021 ist er Bürgermeister der Stadt Steyr.



THESE:

## „Effektive Klimapolitik ist Geschlechterpolitik und braucht die Entwicklung alternativer Männlichkeiten. Auf der Ebene von Unternehmen bedeutet das, klimafreundliches Handeln und Gleichstellungs- bzw. Inklusionsbemühungen zusammenzudenken.“

LAURA DOBUSCH

Der vom Menschen verursachte Klimawandel wird zunehmend als das gesehen, was er ist: eine der größten Bedrohungen für das Fortbestehen menschlicher Zivilisationen, biologische Vielfalt und die Integrität der Ökosysteme der Erde als solche. Die Wissenschaft ist sich einig, dass das gegenwärtige Jahrzehnt entscheidend ist, um die globale Erhitzung auf 1,5 °C bis 2,0 °C zu begrenzen und damit die vorhandenen Lebensgrundlagen nicht völlig zu zerstören. Die Bedeutung des Klimawandels und seine beispiellosen Folgen für alle Lebensbereiche sind zumindest auf der Bekenntnisebene bei wichtigen politischen Entscheidungsträger:innen angekommen. Das zeigt sich etwa in den Green-New-Deal-Vorschlägen der Europäischen Kommission oder Gesetzesinitiativen wie dem Inflation-Reducti-

on-Act der Biden/Harris-Regierung (USA). Diese Vorschläge sind insofern bemerkenswert, als sie weit über übliche markt- und technologiefixierte Klimapolitik hinausgehen und stattdessen Gemeinschaften als solche in den Blick nehmen, die als Treiber für und Zielgruppe von sozial-ökologischer Transformation verstanden werden und versuchen, ökologische, wirtschaftliche und soziale Fragen zusammenzudenken.

### Schlüsselrolle von Unternehmen für sozial-ökologische Transformation

Unternehmen spielen bei der Umsetzung sozial-ökologischer Transformationsbestrebungen eine Schlüsselrolle: Einerseits sind sie aufgrund des Zusammenhangs zwischen wirtschaftlichem

“

*Es zeigt sich, dass Klimapolitik und „(un-)doing masculinities“ eng miteinander verknüpft sind – auf gesamtgesellschaftlicher Ebene wie auch im einzelnen Unternehmen.*

Handeln und CO<sub>2</sub>-Emissionen zentrale Verursacherinnen der Klimakrise. So können mehr als 70 % der seit 1988 ausgestoßenen globalen Treibhausgasemissionen auf nur 100 Unternehmen zurückgeführt werden. Andererseits werden Unternehmen als große Hoffnungsträgerinnen für die Bewältigung der Klimakrise gesehen, da von ihnen etwa Innovationen im Bereich erneuerbarer Energien, Energieeffizienz oder der Speicherung/Verringerung von CO<sub>2</sub>-Emissionen erhofft werden.

Was hierbei oftmals nicht beachtet wird, ist das eklatante Geschlechtergefälle, das hinsichtlich Machtpositionen in der Wirtschaft und insbesondere in hochemittierenden Industrieunternehmen besteht: Nicht einmal 5 % der Unternehmen auf der Fortune Global 500-Liste werden von Frauen geführt; nur 9 von 11.700 Öl- und Gaskonzernen hatten 2021 eine weiblich besetzte Geschäftsführung. Es sind also in erster Linie weiße, wohlhabende Männer des Globalen Nordens, die von der Dominanz fossil betriebener Infrastruktur profitieren und ihre Privilegien durch die Forderungen nach sozial-ökologischer Transformation bedroht sehen.

### Zusammenhang von Klimakrise und Männlichkeit

Gleichzeitig würde es sowohl analytisch als auch handlungspraktisch zu kurz greifen, „den Mann“ als „Klimasünder“ zu identifizieren, da die Klimakrise weder ursächlich mit biologischer Geschlechtszugehörigkeit noch mit Individualverhalten erklärt werden kann. Vielmehr ist dem Konzept der Männlichkeit eine bedeutende analytische Rolle zuzuschreiben, die nicht mit der Gruppe „der Männer“ gleichgesetzt werden darf. Stattdessen meint der Begriff der Männlichkeit ein Muster an Praktiken, die gemeinhin als „männlich“ assoziiert werden, aber grundsätz-

lich auch von als Frauen identifizierten Personen durchgeführt werden können. In hochemittierenden Industrieunternehmen zeigt sich das etwa in einem vorherrschenden Männlichkeitstyp, der sich durch bestimmte Arbeitspraktiken (z.B. Vollzeitarbeit, Vorrang der Arbeit vor dem Privatleben/Sorgearbeit, risikoaffines Verhalten oder „Durchhalten“ trotz Zweifel/Erschöpfung), Geschäftspraktiken (z.B. Ausrichtung des Geschäftsmodells an Extraktions- und Wachstumslogik) und Interaktionspraktiken mit „der Natur“ (z.B. Abbau nicht-regenerativer Ressourcen als „normal“, Umweltverschmutzung als eine Form von „Kollateralschaden“) auszeichnet.

Das hat bedeutsame Folgen für den unternehmerischen Umgang mit Forderungen nach sozial-ökologischer Transformation. So kann es etwa dazu führen, dass Unternehmen nur solche Klimaschutzmaßnahmen ergreifen, die mit einer extraktions- und expansionslogischen Männlichkeit vereinbar scheinen. Dazu gehören z.B. Investitionen in Forschung zur Speicherung/Verringerung von CO<sub>2</sub>-Emissionen („technofixes“). Im Gegensatz dazu könnten Strategien wie die Reduzierung der Arbeitszeit, die die Emissionen senken und das allgemeine Wohlbefinden steigern können,

ignoriert werden, da sie das vorherrschende Ideal des männlichen Ernährers bzw. Hauptverdieners in Frage stellen.

### Alternative Männlichkeiten an der Schnittstelle von klimafreundlichem und gleichstellungs- bzw. inklusionsbezogenem Handeln

Es zeigt sich, dass Klimapolitik und „(un-)doing masculinities“ eng miteinander verknüpft sind – auf gesamtgesellschaftlicher Ebene wie auch im einzelnen Unternehmen. Schon scheinbar „kleine“ Klimaschutzmaßnahmen wie das Ersetzen von Geschäftsreisen durch Online-Meetings können die Bedeutung von Männlichkeitsvorstellungen, die auf permanenter Erreich- und Verfügbarkeit sowie der Unterordnung von Privatleben/Sorgearbeit beruhen, abschwächen. Zudem bringen sie ein Mehr an Teilhabe jener Organisationsmitglieder mit sich, die den Großteil der Sorgearbeit schultern (z.B. weibliche Führungskräfte). Es reicht allerdings nicht, extraktions- und expansionsbasierte Männlichkeiten in Frage zu stellen. Denn zusätzlich braucht es die Entwicklung alternativer Männlichkeitsbilder. In der Forschung werden diese beispielsweise als „caring masculinities“ oder „ökologische Männlichkeiten“ bezeichnet. Diese zeichnen sich zwar durch einen anderen – sorgsameren und auf Gegenseitigkeit beruhenden – Umgang mit sozialen, ökonomischen und ökologischen Ressourcen aus, bringen

### WEITERE INFORMATIONEN UND LITERATUR

- Daggett, C. (2018). Petro-masculinity: Fossil Fuels and Authoritarian Desire. *Millennium. Journal of International Studies*, 47(1), 25-44.
- Hultman, M. (2021). Ökologische Männlichkeiten: Auf dem Weg zu einer neuen Normalität?. *Zeitschrift für Diversitätsforschung und -management*, 6(1), 22-8.
- Hultman, M. & Pulé, P. M. (2018). *Ecological Masculinities*. Routledge.
- Scholz, S. & Heilmann, A. (2019). *Caring Masculinities? Männlichkeiten in der Transformation kapitalistischer Wachstumsgesellschaften*. Oekom.

dabei aber gleichzeitig das Potenzial alternativer Selbst- und Weltbeziehungen mit sich, die nicht ein Weniger, sondern ein Mehr an Lebensqualität und Lebensfreude bedeuten können.

### LAURA DOBUSCH

ist Universitätsassistentin am Sustainable Transformation Management Lab der Johannes Kepler Universität Linz. In ihrer Forschung beschäftigt sie sich damit, wie Organisationen sowohl inklusiver/gerechter als auch nachhaltiger werden können.



© Anja Wolm

THESE:

**„Es ist nachhaltiger, kleine Schritte umzusetzen und weiterhin in politischer Verantwortung zu bleiben, als große Schritte anzugehen und progressive Mehrheiten zu verlieren.“**

RAINER HANDLFINGER

Es hat mittlerweile System: Der Klimawandel schreitet voran. Währenddessen diskutiert die Politik und unternimmt nicht die notwendigen Schritte, die es für die Klimaneutralität braucht. Die schwarz-grüne Bundesregierung kann sich nicht auf ein wirksames Klimaschutzgesetz einigen und Kanzler Nehammer hält Benzin- und Dieselmotoren nach wie vor für zukunftsweisende Technologien. Wären vor zwanzig Jahren bereits Schritte in die konsequent richtige Richtung gesetzt worden, hätten wir heute eine ganz andere Ausgangsbasis. Nun aber müssen mehr und größere Schritte gewagt werden, um die selbst gesteckten und notwendigen Klimaziele

zu erreichen. Doch mit den großen Schritten kommen auch die Probleme und Risiken: Die Resentiments in der Bevölkerung nehmen mit zunehmender Größe der Veränderungsschritte zu. Es droht uns die Gefahr, dass weite Teile der Bevölkerung die notwendigen Veränderungen nicht mittragen wollen.

### Notwendigkeit demokratischer Mehrheiten

In einer Demokratie bestimmt die Mehrheit darüber, in welche Richtung wir uns als Gesellschaft bewegen. Werden vorrangig rechte oder kon-



*Wenn man die Menschen nicht auf dem Weg mitnimmt, verliert man in einer Demokratie schnell das Vertrauen der Wähler:innen.*

servative Parteien gewählt, fällt auch die Regierungspolitik dementsprechend aus: Unwirksamer Klimaschutz und neoliberale Wirtschaftspolitik gehen Hand in Hand und gefährden unseren Lebensraum. Es steht also fest: Nur progressive Mehrheiten beschließen wirksame Klimaschutzmaßnahmen. Doch Mehrheiten kommen nicht von ungefähr. Sie müssen politisch erkämpft und von den Wähler:innen bestimmt werden. Wie qualitativ also der Klimaschutz vorangetrieben wird, hängt vor allem vom Wähler:innenwillen ab.

Wer progressive Klimapolitik betreiben möchte, kommt am internationalen Beispiel Paris nicht vorbei: Die Stadtregierung plant aktuell, 70.000 Parkplätze in den nächsten Jahren aus der Innenstadt zu verbannen. Dafür soll es mehr Grünflächen und Radwege geben. Diese Maßnahmen wären vor einigen Jahren noch undenkbar gewesen und haben große Wellen in der internationalen Presse geschlagen. Ob sie sich positiv oder negativ bei der nächsten Wahl für die regierende Bürgermeisterin Anne Hidalgo (Parti Socialiste) auswirken werden, bleibt abzuwarten. Wenn die

Menschen diese Maßnahmen nicht mittragen, weil sie nicht genug informiert oder abgeholt wurden, dann werden sie eher ein Hemmnis bei der Wiederwahl und auch bei der weiteren notwendigen Ökologisierung darstellen. Konservative und Rechte werden die Ankündigung aufgreifen, um Stimmung gegen nachhaltige Politik zu machen. Es liegt daher an der linken Stadtregierung in Paris, die Menschen am Weg in eine nachhaltige Zukunft mitzunehmen.

#### **Klimaschutz bei den Menschen**

Sicher ist: Wenn man die Menschen nicht auf dem Weg mitnimmt, verliert man in einer Demokratie schnell das Vertrauen der Wähler:innen. Und im Falle einer Abwahl verliert man wertvolle Zeit für die Transformation hin zu einer nachhaltigeren Gesellschaft, die den Kindern und Kindeskindern einen lebenswerten Planeten hinterlässt. Am besten kann diese Transformation deshalb durch viele kleine Schritte gelingen – vor allem auf lokaler Ebene. Das hat mehrere Vorteile: Für kleine Transformationsschritte finden sich leichter politische Mehrheiten. Vor allem aber sind kleine Veränderungen leichter zu verstehen. Dadurch bieten sie die Möglichkeit, dass sich Menschen an den Veränderungen beteiligen und ihr Leben daran anpassen können. Die Errichtung lokaler Wasserkraftwerke oder Solarparks führt den Menschen vor Ort die Auswirkungen energiepolitischer Maßnahmen unmittelbar vor Augen. Lokale Klimaschutzinitiativen und -projekte (ein gutes Beispiel ist das Klimabündnis Österreich) verbinden Menschen und machen Klimaschutz zum Gemeinschaftsprojekt. Sie finden breite gesellschaftliche Akzeptanz und werden nachhaltig mitgetragen.

Tiefgreifende Änderungen im Umgang mit unseren Ressourcen müssen also mit lokalen Initiativen und Projekten Hand in Hand gehen. Die Menschen in den Städten und Gemeinden müssen sich selbst als Teil einer positiven Veränderungsbewegung begreifen. Nur so lässt sich eine nachhaltige, klimaneutrale und gerechte Zukunft für alle organisieren.

#### **WEITERE INFORMATIONEN UND LITERATUR**

- Klimabündnis Österreich (2023). 17 Ziele für nachhaltige Entwicklung - lokal gemeistert.
- Klimabündnis Österreich (2016). Leitfaden Klimaschutz in Gemeinden.

#### **RAINER HANDLFINGER**

ist seit 2000 in der Gemeindepolitik seiner Heimatgemeinde Ober-Grafendorf aktiv. Seit 2010 ist er dort auch Bürgermeister. Er ist seit 2018 Vorsitzender von Klimabündnis Österreich.



## TEIL 4

# Zusammenhalt

Die multiplen Krisen der Gegenwart verursachen bei vielen Menschen Verunsicherung, Zukunftsängste, Orientierungs- und Ordnungssehnsüchte. Die Legitimation bzw. Bindungskraft von gewohnten Institutionen, Identitäten und Rollen geht verloren und selbstverständliche gesellschaftlich Grundorientierungen, Kompromisse und Diskursmöglichkeiten verflüssigen sich. Die Frage, wie wir die Krisen mit ihren Brüchen und Widersprüchen meistern, wird immer brisanter. Nur mit der Stärkung der Bereitschaft zu demokratischer Beteiligung werden wir unterschiedliche Menschen zusammenbringen, um konfliktreiche Themen demokratisch zu debattieren und Entscheidungen zu treffen.

**Wie begegnen wir Krisen und gesellschaftlichen Widersprüchen so, dass wir Solidarität und Zusammenhalt erzeugen, statt Spaltung und Polarisierung?**



THESE:

## „Wenn wir **Demokratie** ernst nehmen, brauchen wir eine Änderung des Staatsbürgerschaftsgesetzes oder des Wahlrechts.“

MARTINA ZANDONELLA

In einer Demokratie gestalten wir unsere Lebensbedingungen gemeinsam – jeder Mensch und jede Stimme zählen dabei gleich viel. Politische Gleichheit und Mitbestimmung sind auch jene beiden Versprechen, die seit ihren Anfängen so viele Menschen von der Demokratie überzeugen. Und tatsächlich: Im Laufe ihrer Geschichte wurden immer mehr Gruppen als politisch gleich anerkannt und haben Beteiligungsrechte erhalten. Doch diese Rechte wurden nie großzügig verteilt. Gleichheit und Mitbestimmung mussten stets gegen die jeweils herrschenden Machtverhältnisse erkämpft werden, unter anderem von Arbeiter:innen- und Frauenbewegungen.

### **Immer mehr Menschen sind wegen ihrer Staatsbürgerschaft von Mitbestimmung ausgeschlossen**

Die demokratische Idee und die Realität klaffen nach wie vor auseinander. Der Spalt der Mitbestimmung geht dabei vor allem mit Blick auf das Wahlrecht immer weiter auf. So waren Anfang der 1960er Jahre nicht einmal 2 % der Menschen in Österreich aufgrund ihrer ausländischen Staatsbürgerschaften vom Wahlrecht ausgeschlossen. Inzwischen dürfen 17 % nicht wählen – Tendenz weiter steigend. Die Nicht-Wahlberechtigten leben dabei häufiger in den Städten als am Land,

in Wien fällt ihr Anteil mit rund 32 % besonders hoch aus. Beinahe jede:r dritte Wiener:in hat also keine Stimme in den gesetzgebenden Gremien unserer Demokratie.

### **Das Recht zu wählen ist auch eine Klassenfrage**

Aufgrund ihrer ausländischen Staatsbürgerschaften dürfen in Wien 6 % der öffentlich Bediensteten und 26 % der Angestellten nicht wählen, während 60 % der Arbeiter:innen vom Wahlrecht ausgeschlossen werden. Österreicher:innen haben wiederum 70 % der Beschäftigten in der Gebäudereinigung, 65 % in der Pflege und rund die Hälfte der in Beherbergung und Gastronomie Tätigen kein Wahlrecht. Dieser klassenspezifische Ausschluss vom zentralen Mitbestimmungsprozedere der repräsentativen Demokratien schlägt sich auch in den Arbeitsbedingungen der genannten Branchen nieder: Prekäre Dienstverhältnisse, hohe Arbeitsbelastungen und niedrige Einkommen sind die Norm. Mit Blick auf Einbürgerungen ist Letzteres von besonderer Relevanz, denn der Erhalt der Staatsbürgerschaft setzt ein Erwerbseinkommen in bestimmter Höhe voraus. Hinzu kommen beträchtliche Gebühren – die höchsten im EU-Vergleich: In manchen Bundesländern bezahlen Antragsstellende über 2.000 €. Staatsbürgerschaft, und damit auch Mitbestimmung, müssen sich Betroffene also erst einmal leisten können.

### **Was alle betrifft, muss von allen beschlossen werden**

Unabhängig davon, wie unsere Verfassung das wahlberechtigte „Bundesvolk“ definiert oder wie dieser Begriff ausgelegt wird: Alle in Österreich



*Nicht  
„Entweder-oder-“,  
sondern  
„Sowohl-als auch-“  
Zugehörigkeiten sind in  
Einwanderungs-  
gesellschaften  
die Norm.*

lebenden Menschen verbindet, dass wir in derselben Rechtsordnung leben. Dass dies immer mehr von uns als fremdbestimmte Objekte und nicht als mitbestimmende Subjekte tun, widerspricht den Grundsätzen der Demokratie. Selbiges gilt auch für den Umstand, dass der Zugang zu Mitbestimmung in Österreich eine Frage der Geldbörse ist. Um diese Demokratiemängel zu beheben, braucht es einen Abbau der Hürden bei der Einbürgerung oder eine Änderung des Wahlrechts. Mit Blick auf ersteres führt beispielsweise an einer gravierenden Senkung der Gebühren, die für die Staatsbürgerschaft zu entrichten sind, kein Weg vorbei.

Abseits der finanziellen Barrieren brauchen wir eine den Lebensrealitäten der Menschen angepasste Haltung zu Doppelstaatsbürgerschaften: Nicht Entweder-oder-, sondern Sowohl-als auch-Zugehörigkeiten sind in Einwanderungsgesellschaften die Norm. Mit Blick auf das Wahlrecht sollten wir zumindest diskutieren, ob wir uns als

politische Gemeinschaft weiterhin ausschließlich über die Staatsbürgerschaft definieren wollen. Weitermachen wie bisher ist jedenfalls keine Option: Werden die demokratischen Versprechen auf politische Gleichheit und Mitbestimmung systematisch verletzt, steht die Legitimität der Demokratie selbst auf dem Spiel.

#### WEITERE INFORMATIONEN UND LITERATUR

- Lessenich, S. (2019). Grenzen der Demokratie. Teilhabe als Verteilungsproblem. Reclam.
- Manov, P. (2021). Repräsentative Politik zwischen Demokratisierung und Ent-demokratisierung. Aus Politik und Zeitgeschichte, 26-27, 32-38.
- Schönherr, D., Zandonella, M. & Glaser, H. (2022). Kolleginnen und Kollegen mit anderen Staatsangehörigkeiten als der österreichischen am Arbeitsmarkt. Zwischen Systemrelevanz und Exklusion. Wien.

#### MARTINA ZANDONELLA

ist Sozialwissenschaftlerin am Wiener SORA-Institut. Sie forscht zu Demokratie und Mitbestimmung, vor allem im Kontext von sozialer Ungleichheit und Arbeit.



© SORA

THESE:

„**Demokratische Teilhabe auf allen Ebenen ist die Voraussetzung, um Krisen und gesellschaftliche Widersprüche zu überwinden.**“

RUTH MANNINGER

Jede fünfte Person, die dauerhaft in Österreich lebt, ist vom Wählen ausgeschlossen; in Wien ist die Situation noch dramatischer. Das ist hochgradig demokratiegefährdend. Der Zugang zur Staatsbürger:innenschaft muss in Zukunft gerechter werden. Das ist Ziel der „Wiener Demokratiecharta“, die im November 2022 von der SPÖ Wien beschlossen wurde. Aber auch darüber hinaus muss Mitbestimmung in unterschiedlichen Lebensbereichen gewährleistet und Demokratie auf unterschiedlichen Ebenen ausgebaut werden.

Viele jener Menschen, die von den demokratischen Prozessen im Land ausgeschlossen sind,

leben schon seit mehr als fünf Jahren in Österreich. Besonders frustrierend und inakzeptabel ist dieser Umstand für junge Menschen, die hier aufwachsen: Sie besuchen hier Kinderbildungseinrichtungen, gehen zur Schule und machen eine Ausbildung. Sie lernen dort, wie wichtig Mitbestimmung und Mitgestaltung ist und welchen zentralen Wert Demokratie in unserer Gesellschaft darstellt. Wir verlangen von den jungen Menschen, dass sie Teil unserer Gesellschaft sind. Wir erwarten, dass sie sich einbringen – und lehnen sie gleichzeitig in letzter Konsequenz ab. Diese Ablehnung wird sich, sofern wir nicht den Zugang zu Beteiligungsformen verbessern, rächen. Sie führt zu einer Abwendung von unserem poli-



*Das Wahlrecht  
wird mehr und mehr  
zur Klassenfrage.*

tischen und gesellschaftlichen System. Menschen „verlernen“ Demokratie, ein politisches Ohnmachtsgefühl macht sich breit. Ventile für diese Frustration öffnen sich dann an anderer Stelle, oftmals – so ist es in anderen, undemokratischen Regionen der Welt häufig zu beobachten – bei Protesten oder systemgegnerrischen Aktivitäten.

**Mitbestimmung darf kein Luxus sein**

Unter den Erwerbstätigen schrumpft die Gruppe mit Staatsbürger:innenschaft. Arbeiter:innen bekommen immer seltener die Staatsbürger:innenschaft, daher sinkt die Mitbestimmungsmöglichkeit gerade in diesem Bereich immens. Das ist doppelt gefährlich, da Arbeiter:innen überproportional von politischen Entscheidungen betroffen und auf den Staat (öffentliche Schulen, Kollektivverträge, Sozialleistungen, öffentlicher Verkehr, etc.) angewiesen sind. Die Gefahr, dass die Wenigen über die Vielen entscheiden, wird damit mehr als deutlich. Das Wahlrecht wird mehr und mehr zur Klassenfrage. Mitbestimmung, so scheint es, können sich nur ein paar wenige leisten. All jenen, die nicht ausreichend über finanzielle Mittel verfügen, bleibt die gerechte Chance, unsere Gesellschaft mitzugestalten, verwehrt. Das ist demokratiepolitisch gefährlich.

**Eine Frage der Gleichstellung**

Die hohen finanziellen Hürden für die Staatsbürger:innenschaft benachteiligen all jene, die weniger verdienen – und das sind vor allem Frauen. Jede zweite Frau in Österreich arbeitet Teilzeit. Frauen verdienen in Österreich um über ein Drittel weniger als Männer. Das liegt auch an der ungerechten Verteilung der bezahlten und unbezahlten Arbeit. Seit einigen Jahren führen steigender Pflegebedarf und Zeitmangel durch den hohen Druck in der Arbeitswelt zu einer Krise der Care-Arbeit. Frauen, die diese Krise in hohem Maße durch Sorgearbeit auffangen, doppelt zu bestrafen, indem man ihnen die Mitbestimmung verwehrt, ist zynisch. Ein gerechter Zugang zur Staatsbürger:innenschaft – auch durch einen Abbau der finanziellen Hürden – ist auch im Sinne der Gleichstellung dringend notwendig. Mehr Möglichkeiten zur Mitbestimmung sind eine wichtige Voraussetzung, um Krisen zu überwinden.

**Repräsentationslücken in Politik, Institutionen und Medien schließen**

Neben den genannten Verbesserungen bei Partizipation und Mitgestaltung müssen wir uns verpflichtet sehen, die Menschen mit ihren unterschiedlichsten Lebensbiographien auch in Politik, Institutionen (Sozialpartner:innenschaft, Gewerkschaft, Gerichtsbarkeit, etc.), Verwaltung, Medien, Kunst und Kultur „abzubilden“. Es geht dabei nicht nur um Menschen mit Migrationshintergrund, Transpersonen oder People of Colour, sondern auch um Menschen mit Behinderungen oder anderen besonderen Bedürfnissen und Lebensentwürfen. Eine Gesellschaft, die inklusiv denkt, ist resistenter gegen Polarisierung und Spaltung.

**Partizipation und Zusammenhalt auf kommunaler Ebene**

Die Gesellschaft muss mit Partizipationsformen durchflutet werden. Möglichkeiten der Mitbestimmung müssen auf allen Ebenen und für alle Personen geschaffen werden. Als Ottakringerin freue ich mich über die Neugestaltung der rund drei Kilometer langen Thaliastraße. Der Neugestaltung ist ein niederschwelliger Beteiligungsprozess im Bezirk Ottakring vorausgegangen. Geschafft wurde ein Boulevard, der mit den 200 neu gepflanzten Bäumen und den zahlreichen konsumfreien Zonen nunmehr zum Verweilen einlädt. Dass mit den Klimateams in Wien ein weiterer Schritt in Sachen Partizipation gegangen wurde, ist erfreulich und gibt Mut für die weitere Entwicklung in der Bundeshauptstadt.

Mitbestimmung und Zusammenhalt schützen die Demokratie vor Angriffen und halten sie am Laufen. Statt auf Polarisierung und Spaltung in der Gesellschaft zu setzen, gilt es, ein friedliches Miteinander zu schaffen.

**WEITERE INFORMATIONEN  
UND LITERATUR**

- SPÖ Wien. Charta der Demokratie.  
<https://www.spoe.wien/charta-der-demokratie>.

**RUTH MANNINGER**  
ist seit September 2020  
SPÖ-Bundesfrauengeschäftsführerin und  
Bezirksrätin in Wien Ottakring.



**THESE:**

**„Kritische soziale Bewegungen zeigen auf, dass gesellschaftliche Krisen strukturell bedingt sind und bergen das Potenzial, diese krisenhaften Strukturen zu überwinden. Sie sind daher unabdingbar für die Transformation in eine solidarische Gesellschaft.“**

AYŞE DURSUN

**K**ritische soziale Bewegungen zeigen auf, dass Krisen und Widersprüche in unseren Gesellschaften strukturell bedingt sind, also den Organisations- und Strukturprinzipien der Gesellschaften selbst entspringen. So ist zum Beispiel die Klimakrise insofern eine strukturelle Krise, als sie auf die kapitalistische Ausbeutung der Natur zurückzuführen ist, was unsere Existenzgrundlage auf dem Planeten zerstört. Ähnlich stellt die Sorg Krise eine aus dem System selbst stammende Krise dar, weil sie das Ergebnis eines bestimmten – kapitalistisch-patriarchalen – gesellschaftlichen Organisationsmusters ist, das die Produktion von Waren gegenüber der Reproduktion des menschlichen Lebens (etwa durch Tätigkeiten wie Waschen, Kochen, Putzen und Betreuung und Pflege junger, alter und kranker

Menschen, die hauptsächlich von Frauen verrichtet wird) priorisiert. Kritische soziale Bewegungen (z.B. „System Change, Not Climate Change“ oder „Care Revolution“) machen gerade auf diesen strukturellen Charakter multipler und sich verschränkender Krisen aufmerksam und wollen damit nicht nur Symptome, sondern vor allem ihre Ursachen bekämpfen.

#### **Kriminalisierung von kritischen Bewegungen in autoritären Zeiten**

Besonders in Zeiten zunehmend autoritärer Entwicklungen, von denen auch Europa weitgehend betroffen ist, werden jedoch gerade jene Bewegungen diskreditiert und kriminalisiert, die Antworten auf die strukturellen Krisen unserer

Gesellschaften anbieten. Das lässt sich derzeit auch in Österreich beobachten: Aktivist:innen der „Letzten Generation“ werden aufgrund ihrer Klebeaktionen als Gefährdung für die öffentliche Ordnung und Belästigung für die Bevölkerung dargestellt. Forderungen nach Kriminalisierung ihrer Aktionen als Straftatbestand werden laut. Ein weiteres Beispiel ist die Kriminalisierung von zivilen Seenotretter:innen. Das geschieht vor dem Hintergrund der „Versicherheitlichung“ von Migration und Asyl. „Versicherheitlichung“ bedeutet, dass Fragen der Einwanderung und des internationalen Schutzes laufend in Fragen öffentlicher Ordnung und nationaler Sicherheit umgedeutet werden. Der Staat bzw. Regierungen sind in der Regel die primären Adressat:innen kritischer sozialer Bewegungen. Durch ihre systemkritischen Diskurse und disruptiven Aktionen wollen diese Bewegungen das „business as usual“ als untragbar enthüllen und den Staat zum Handeln zwingen. Tatsächlich ist der moderne westliche Staat, wie wir ihn heute kennen, geprägt von historischen Kompromissen, bei denen der Staat den Forderungen der Bewegungen teilweise nachgab und somit manche Aspekte kapitalistischer Ausbeutung und patriarchaler und rassistischer Unterdrückung abgebaut werden konnten. Regierungen nehmen die Forderungen von „unten“ teilweise auf und institutionalisieren diese als staatliche Norm. Der Achtstundentag, die staatliche Übernahme von Teilen der Sorgearbeit (z.B. öffentliche Kinderbetreuung) und das Diskriminierungsverbot sind wichtige Errungenschaften der kritischen sozialen Bewegungen des 19. und 20. Jahrhunderts.

#### **Kritische Bewegungen zwischen Widerstand und Kooptierung**

Doch mit dem Erfolg kritischer Bewegungen, sich in den Staat einzuschreiben, gehen bestimmte Ge-



*Kritische Bewegungen bergen wichtiges transformatives Potenzial, um die gesellschaftlichen Krisen an der Wurzel zu packen.*

fahren einher. Eine solche Gefahr ist Kooptierung. Sobald die Forderungen einer sozialen Bewegung Eingang in staatliche Diskurse und Institutionen finden, durchlaufen sie Prozesse der Institutionalisierung und damit einhergehend möglicherweise Entradikalisierung und Anpassung. Ein Beispiel hierfür stellt der sogenannte Staatsfeminismus dar. Feministische Forderungen an den Staat, die Gleichstellung der Geschlechter aktiv voranzutreiben, mündeten in den 1980er und 1990er Jahren in der Etablierung von Frauen- und Gleichstellungspolitik sowie Frauenressorts auf Bundes- und Landesebenen in Deutschland und Österreich. Mit diesen Ressorts betraute Femocrats konnten in den letzten 30 Jahren Geschlechterfragen in die Prozesse der Politikgestaltung und Entscheidungsfindung mainstreamen und den dem Staat innewohnenden Maskulinität teilweise aufbrechen. Diese lösten zudem Prozesse gesellschaftlicher Umverteilung zugunsten von Frauen aus, etwa durch öffentliche Investitionen in frauenpolitische Infrastruktur und Maßnahmen wie Gewaltprävention und Frauenhäuser. Gleichzeitig lässt sich beobachten, dass sich im Laufe der Zeit ein (neo-)liberales Diversitätsma-

nagement, das von Umverteilungsfragen absieht, auf nationaler und supranationaler Ebene durchgesetzt hat. Das erleichtert privilegierten (z.B. „qualifizierten“) Frauen zwar den Weg in die Politik und Wirtschaft, lässt aber andere, marginalisierte Frauen außen vor. Darüber hinaus werden immer wieder konservative Frauen wie die österreichische Frauenministerin Susanne Raab (ÖVP) oder die türkische Ministerin für Familie und soziale Dienste Derya Yanık (AKP) mit der Umsetzung von Gleichstellungspolitik beauftragt. Während Raab sich entschlossen vom Feminismus distanziert, trägt Yanık den laufenden Abbau von Frauen- und Gleichstellungspolitik in der Türkei sogar aktiv mit. Autonome Frauenbewegungen in der Türkei üben scharfe Kritik am Ministerium und erinnern die Ministerin immer wieder an ihren gleichstellungspolitischen Auftrag.

#### **Raus aus dem „Normalbetrieb“, raus aus der Krise**

Kritische Bewegungen bergen wichtiges transformatives Potenzial, um die gesellschaftlichen Krisen an der Wurzel zu packen. Das bedeutet unter anderem, dass sie den staatlichen „Normalbetrieb“ kritisch hinterfragen und unterbrechen, was häufig repressive Gegenreaktionen auslöst. Kriminalisierung führt zur Marginalisierung dieser Bewegungen und zur Unterminierung ihrer gesellschaftlichen Zugkraft und trägt somit zur gesellschaftlichen Spaltung bei. Das versetzt kritische Bewegungen in eine ambivalente Position

#### **WEITERE INFORMATIONEN UND LITERATUR**

- Appelt, E., Aulenbacher, B. & Wetterer, A. (2013). Gesellschaft. Feministische Krisendiagnosen. Westfälisches Dampfboot.
- Demirović, A., Dück, J., Becker, F. & Bader, P. (2011). VielfachKrise. Im finanzmarktdominierten Kapitalismus. VSA-Verlag.
- Winker, G. (2015). Care Revolution: Schritte in eine solidarische Gesellschaft. transcript.

gegenüber dem Staat, um den sie einerseits ringen und von dem andererseits Gewalt als auch die Gefahr der Kooptierung ausgeht. Trotz oder gerade dank dieser Ambivalenz bleiben kritische soziale Bewegungen unsere größte Chance für einen Ausweg aus der Dauerschleife struktureller Krisen und in eine solidarische Gesellschaft.



© Ayşe Dursun

#### **AYŞE DURSUN**

ist Universitätsassistentin (postdoc) am Institut für Politikwissenschaft der Universität Wien und forscht und lehrt im Bereich Geschlecht und Politik.

THESE:

## **„Investitionen in Politische Bildung stärken das demokratische Bewusstsein und fördern die Partizipation.“**

GERHARD SCHMID

**M**it dem Schuleintritt beginnt für Kinder ein neuer Lebensabschnitt. Die schrittweise Abkopplung vom Elternhaus führt zu neuen sozialen Beziehungen und Organisationsmustern. Alte Hierarchien gelten nicht mehr und neue setzen sich durch. Meinungsverschiedenheiten und Auseinandersetzungen mit Gleichaltrigen stehen plötzlich auf der Tagesordnung, die Welt der Kindheit bekommt nach und nach Risse. Umso wichtiger ist es, dass Schule als ein Ort verstanden wird, an dem ein gutes Miteinander erlernt und erprobt werden kann. Pädagog:innen legen damit den Grundstein für eine offene und demokratische Gesellschaft. Doch Politische Bildung endet nicht mit dem Abschlusszeugnis – sie ist viel mehr als das.

#### **Die Welt im Wandel**

Unsere Gesellschaft wird immer heterogener. Neue Lebens-, Wohn- und Familienmodelle paaren sich mit differenzierten Wertvorstellungen und Zugehörigkeiten. Immer mehr Menschen in Österreich haben eine andere Erstsprache als Deutsch, viele haben Familie in weit entfernten Ländern. Gleichzeitig hat sich die Art und Weise, wie wir arbeiten und lernen, grundlegend geändert. Kaum noch jemand übt ein Leben lang die gleiche Tätigkeit aus, der Arbeitsalltag wird stressiger und unstetiger. Umso bedeutender werden berufliche Um- und Neuorientierungen. Die Digitalisierung schreitet unaufhörlich voran. Homeoffice und Homeschooling haben ihren Platz



*Politische Bildung ist ein entscheidendes Instrument für soziale Chancengerechtigkeit.*

in unseren Arbeits- und Bildungswelten gefunden und künstliche Intelligenz stellt das Zusammenspiel zwischen Mensch und Maschine grundlegend infrage.

Die rasche gesellschaftliche Veränderung bringt auch neue Formen der Radikalisierung und des Extremismus mit sich. Viele driften in die Welt der Verschwörungserzählungen ab und verbreiten gefährliche Un- bzw. Halbwahrheiten. Andere schließen sich antidemokratischen und extremistischen Gruppierungen an, verbreiten Propaganda und planen Umstürze.

#### **Demokratieerziehung und Wertevermittlung**

In einer solchen Zeit ist die Stärkung und beständige Erarbeitung einer inklusiven, partizipativen Gesellschaft besonders wichtig. Politische Bildung und die damit unmittelbar verbundene Demokratiebildung werden als langfristige und nachhaltige Strategien gegen wachsende Tendenzen von Extremismus und Radikalisierung verstanden. Zudem tragen sie dazu bei, eine stärkere Integration aller Bevölkerungsgruppen in eine Migrationsgesellschaft voranzutreiben. Es

sind daher didaktische Maßnahmen zu unterstützen, die der Sicherung eines humanistischen Bildungsideals dienen – verbunden mit Demokratieerziehung und Wertevermittlung. Nur so kann autoritären Tendenzen entgegengewirkt und eine auf Toleranz und Gerechtigkeit basierende Gesellschaft aufgebaut werden.

Doch Politische Bildung und die damit verbundenen Bildungsprozesse sind nicht nur auf die Schule zu beschränken, sondern müssen auch andere Bildungsbereiche wie etwa die Erwachsenenbildung, die gewerkschaftliche Bildung und die Formen der Weiter- und Fortbildungen erfassen. Denn es ist sinnvoll und notwendig, sich die Grundsätze eines demokratischen und partizipativen Politikverständnisses immer wieder vor Augen zu führen.

#### **Forderungen und Perspektiven**

Im schulischen Kontext ist Politische Bildung nach wie vor nur sehr schwach ausgeprägt und kommt explizit nur an den Berufsschulen vor. Für Berufsschullehrer:innen gibt es auch eine spezielle Ausbildung im Bereich der Politischen Bildung. In den AHS, BMS oder BHS gibt es eine Verschränkung mit anderen Unterrichtsgegenständen. Obwohl es ein Unterrichtsprinzip Politische Bildung gibt, müssten verstärkt Akzente für konkrete Projekte und in der Lehrer:innenbildung (z.B. Demokratie als Lernziel, Zivilcourage und Antirassismus als Bildungsauftrag, Beteiligungsprojekte etc.) gesetzt werden. Daher wäre es notwendig, ein eigenes Unterrichtsfach mit einer einschlägigen Lehrer:innenausbildung und -qualifikation zu entwickeln.

Ungeachtet dessen hat Politische Bildung aber im gesamten Spektrum der Erwachsenenbildung und

der betrieblichen Bildung (die Lernziele sind im Grundsatz die gleichen, die Didaktik eine andere) ihren Niederschlag zu finden. Um das zu gewährleisten, braucht es sinnvolle Investitionen und die Bereitschaft der Politik, die Bildungsverantwortung nicht am Tag des Abschlusszeugnisses abzugeben.

Politische Bildung ist ein entscheidendes Instrument für soziale Chancengerechtigkeit. Sie darf nicht nur die Lehre von Institutionen beinhalten, sondern muss viel mehr das Soziale Lernen in den Mittelpunkt stellen. Eine Art des Lernens, die auf eine aktive und verantwortungsbewusste Rolle junger Menschen abzielt, beugt auch der Empfangsbreitschaft für radikale Schuldzuweisungen (z.B. von rechten Kräften) und Extremismus vor.

#### **WEITERE INFORMATIONEN UND LITERATUR**

- Rosenberg, B. & Duffek, K. A. (Hrsg.) (2015). Bildung – Chancen – Gerechtigkeit. Progressive Perspektiven für die Bildungspolitik. Edition Renner Institut, Band 3. Wien.
- Reheis, F. (2015). Politische Bildung. Eine Kritische Einführung. Wiesbaden.

#### **GERHARD SCHMID**

ist Hochschulprofessor und seit November 2015 Abgeordneter zum Wiener Landtag und Gemeinderat. Er ist Bundesbildungsvorsitzender der SPÖ und Autor zahlreicher Publikationen (u.a. Zeitgespräche mit Gerhard Schmid).



THESE:

## „Die oft konstatierte gesellschaftliche Lagerbildung lässt sich empirisch nicht feststellen. Vielmehr führt erst die politische Aufladung von Konfliktthemen zu Polarisierungen.“

JUDITH KOHLENBERGER

Wird in Zeiten der Polykrise (Edgar Morin) über aktuelle Konfliktthemen der Gegenwart diskutiert, so ist die populäre Feststellung, wir hätten erstens verlernt, miteinander zu reden, und würden zweitens in einer gespaltenen Gesellschaft leben, nicht weit. Als Beispiele dafür werden neben altbekannten und -bewährten Spaltungsthemen wie Migration und Asyl, Vermögensbesteuerung oder ökologische Wende zuletzt auch die Nachwehen der COVID-19-Pandemie, der russische Angriffskrieg gegen die Ukraine oder aufgeladene „Genderdebatten“ in den sozialen Medien ins Treffen geführt. Die Polarisierung der Gesellschaft ist zu einer Meistererzählung des sozialen Gefüges der Spätmoderne und damit gleichzeitig zu einer semantisch entleerten Phrase geworden. Von Lagern und Echokammern, von Filterblasen und gesellschaftlichen Gräben (die eiligst zuzuschütten sind!) ist da die Rede – von Fronten, Rissen und Brüchen, die „quer durch das Land“ gingen. Und im selben

Atemzug wird das Abhandenkommen der politischen Mitte bei gleichzeitigem Erstarken „der Ränder“ beklagt.

Aber nicht nur im Feuilleton, sondern auch in der Wissenschaft hält sich die These des gespaltenen Landes bzw. eines auseinanderklaffenden Europas hartnäckig. In den Politikwissenschaften etablierte sich sogar ein eigener Forschungszweig, die Cleavage Theory, die sich mit der Kluft (englisch cleavage) zwischen unterschiedlichen Elektoraten bzw. Parteizugehörigkeiten befasst. Auf den kleinsten gemeinsamen Nenner heruntergebrochen, werden die beiden Lager meist in eine kosmopolitisch orientierte, bildungsbürgerliche obere Mittel- bis Oberschicht und eine ländliche, bildungsferne, (ehemalige) Arbeiter:innenschicht eingeteilt. Erstere sind bevorzugt Linkswählende aus dem (sub-)urbanen Milieu, Akademiker:innen und white collar workers, die sich auf Werte wie Toleranz, Weltoffenheit und Diversität be-

“

*„Dass die Entwicklung der letzten Jahrzehnte aber tatsächlich zur Herausbildung zweier klar konturierter Lager geführt hat, lässt sich nicht zweifelsfrei belegen.“*

rufen. Sie sind, kurz gesagt, die Globalisierungsgewinner:innen, oder Teil jener Gruppe, die der britische Journalist David Goodhart als die „Anywheres“ bezeichnet. Ihnen diametral und mitunter antagonistisch gegenüberstehend sind die „Somewheres“, also jene, die lange und tief verwurzelt mit ihrem Land, ihrer Region sind und sich über Werte wie Tradition, Sicherheit und den Rückbezug auf „das Eigene“ definieren. Solidarität wird von ihnen eher ethno-national als universell verstanden, die (sozialen) Rechte der eigenen Landsleute werden über jene „der Anderen“ gestellt. Zu diesen „Anderen“ gehören Ausländer:innen genauso wie globale Eliten, die als Projektionsfläche für Abstiegs- und Überfremdungssängste dienen. So weit, so vereinfachend die Kartierung des gespaltenen Landes.

### Kein Kamel, sondern ein Dromedar

All den Diagnosen zur fortschreitenden Lagerbildung ist nämlich gemein, dass sie oberflächlich betrachtet zwar überzeugend und zutreffend klingen mögen, bei näherer Auseinandersetzung aber eine Zuspitzung offenbaren, die der Empirie nicht standhält. So konstatiert der deutsche Soziologe Steffen Mau, dass wir trotz aller Polarisierungserzählungen weiterhin nicht in einer „Kamelgesellschaft“ (mit zwei klar getrennten Höckern), sondern einer „Dromedargesellschaft“ (mit einem großen Buckel in der Mitte) leben. Das lässt sich unter anderem aus dem Befund ableiten, dass Einstellungen zu Themen wie Umwelt oder Migration über die Zeit viel differenzierter, zu vielen Themen wie gleichgeschlechtliche Ehe oder Geschlechterrollen sogar insgesamt liberaler wurden. So etwa ist das Bewusstsein für die Klimakrise mittlerweile nicht mehr den „Ökos“ oder „Bobos“ vorbehalten, sondern in der gesamten Bevölkerung verankert – quer durch Generationen, Einkommensschichten und Regionen.

Zusätzlich greift das Argument, Wertvorstellungen und politische Präferenzen kämen im Paket daher, zu kurz. Wer rassistuskritisch ist, muss nicht gleichzeitig feministisch oder vegan lebend sein. Wer Außengrenzschutz fordert, kann umgekehrt klimafreundlich leben und die Rechte sexueller Minderheiten schützen wollen. Während bei all diesen Fragen sicherlich extreme Ränder bestehen, die man mehr oder weniger deutlich in eines der beiden Lager einordnen kann („kosmopolitisch“ vs. „traditionalistisch“), bleibt der Befund, die Gesellschaft wäre als Ganzes gespalten, ein in seiner Einfachheit verführerischer, aber nicht haltbarer.

### Mediale Verstärker

Der Republik mangelt es derzeit nicht an Konfliktlinien und -themen, stehen doch mit Teuerung, Energiearmut und nicht zuletzt der Klimakrise große Herausforderungen auf der Agenda. Dass die Entwicklung der letzten Jahrzehnte aber tatsächlich zur Herausbildung zweier klar konturierter Lager geführt hat, lässt sich nicht zweifelsfrei belegen. Vielmehr ist die Gruppe jener, die weder klar am einen noch am anderen extremen Rand zu

**WEITERE INFORMATIONEN UND LITERATUR**

- Altreiter, C., Flecker, J., Papouschek, U., Schindler, S. & Schönauer, A. (2019). Umkämpfte Solidaritäten. Spaltungslinien in der Gegenwartsgesellschaft. Promedia.
- Macarena, A. (2021). Issue politicization and social class: How the electoral supply activates class divides in political preferences. *European Journal of Political Research*, 61 (2), 503-523.
- Goodheart, D. (2017). *The Road to Somewhere: The Populist Revolt and the Future of Politics*. C. Hurst & Co.
- Lux, T., Mau, S. & Jacobi, A. (2021). Neue Ungleichheitsfragen, neue Cleavages? Ein internationaler Vergleich der Einstellungen in vier Ungleichheitsfeldern. *Berliner Journal für Soziologie*, 32, 173-212.
- Mau, S. (2022). Kamel oder Dromedar? Zur Diagnose der gesellschaftlichen Polarisierung. *Merkur* 874, 5-18.

verorten sind, weiterhin die gesellschaftlich größte. Vor allem aber sollte aus der politischen wie medialen Aufladung von Themen (als jüngstes Beispiel sei die bundesdeutsche Debatte um die neu aufgelegten Winnetou-Bände Karl Mays genannt) nicht abgeleitet werden, dass die dadurch hervorgerufenen, binären Positionierungen a priori bestehen würden. Indem Konflikte inszeniert, angeheizt und virulent gemacht werden, kommt es vielfach erst zur Herausbildung zweier Meinungsblöcke, deren Proponent:innen vor dieser Aufladung wesentlich nuancierter auf die Kom-

plexität gesellschaftlicher Fragen blickten. Eine Kernaufgabe der kritischen Wissenschaft, insbesondere der Sozial- und Geisteswissenschaften, in bewegten Zeiten bleibt es deshalb, neben den tatsächlichen Krisen auch die Krisenerzählungen und ihre politische und gesellschaftliche Wirkweise in den Blick zu nehmen.

**JUDITH KOHLENBERGER**

ist Kulturwissenschaftlerin und Migrationsforscherin am Institut für Sozialpolitik der Wirtschaftsuniversität Wien, wo sie zu Fluchtmigration und Zugehörigkeit forscht und lehrt, und Autorin von *Das Fluchtparadox* (2022) und *So schaffen wir das* (2023).







Angelika Striedinger / Maria Maltschnig / Karl-Renner-Institut (Hg.):  
**Wissenschaft und Politik im Dialog**  
Czernin Verlag, 2022

„Soziologie ist ein Kampfsport.“ So drückte der französische Soziologe Pierre Bourdieu sein Verständnis einer engagierten Wissenschaft aus und beschrieb damit auch die Rolle, die die Sozialwissenschaften für die Politik haben sollen: Zu zeigen, wie Macht, Geld, Ansehen, Lebenschancen in der Gesellschaft verteilt sind; zu erklären, welche Mechanismen dahinterstecken – und durch diese Einsichten zu einer Veränderung der gesellschaftlichen Verhältnisse beizutragen. Diese Funktion von Wissenschaft ist auch ein wesentlicher Orientierungspunkt für unsere Arbeit im Karl-Renner-Institut, an der Schnittstelle von Wissenschaft und Politik.

Seit Herbst 2019 organisieren wir regelmäßige moderierte Dialoge zwischen Wissenschaftler:innen und Politiker:innen, die in jeweils ähnlichen thematischen Feldern tätig sind. 16 dieser Dialoge sind in diesem Buch gesammelt. Sie bieten einen sehr komprimierten Einblick in wissenschaftliche und politische Perspektiven auf eine breite Palette gesellschafts- und wirtschaftspolitischer Fragestellungen. Das Format des moderierten Dialogs ermöglicht einen lebhaften und gut verständlichen Lesefluss.

#### Digital informieren und interagieren



<https://renner-institut.at>

#### Podcast "Rotfunk"



<https://rotfunk.simplecast.com>

#### Wir sind auch auf:



<https://twitter.com/RennerInstitut>



<https://www.facebook.com/renner.institut>



<https://www.youtube.com/c/KarlRennerInstitut>



<https://www.instagram.com/rennerinstitut>

